

Florian Hippler

Politische Kommunikation am Wahlabend: Die „Bonner/Berliner Runden“

Florian Hippler, Jg. 1980, studierte bis 2008 Politische Wissenschaften, Italienische Philologie und Japanologie an der LMU München. Nach seinem Studium arbeitete er unter anderem als Wissenschaftliche Hilfskraft an der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie als Praktikant bei der Abendzeitung München. Vorliegende Untersuchung ist die gekürzte Fassung seiner am Geschwister-Scholl-Institut vorgelegten Magisterarbeit. Kontakt: florian.hippler@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	3
II.	Untersuchungsziel und Untersuchungsdesign.....	4
III.	Strukturelle Rahmenbedingungen	9
IV.	Themen und Darstellungsmuster	12
	1. Das Wahlergebnis – Interpretation und Ursachensuche.....	12
	2. Die Urnen zu – und alle Fragen offen? Die politischen Folgen der Wahl....	21
	3. Strategen am Wahlabend – Positionsbestimmung und Parteitaktik.....	31
V.	Zusammenfassung.....	41
	Literatur.....	49
	Anhang	54
	Endnoten	55

I. Einleitung

„Ansonsten habe ich heute meistens gelacht am Abend und mich gefreut, denn wir sind die Sieger“. Aussagen wie die der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel in der „Berliner Runde“ 2002 führten zu der populären Einschätzung, Politiker¹ würden sich am Wahlabend stets als Gewinner präsentieren. Die Sozialpsychologin Sabine Pahl etwa bemühte sich vor der Bundestagswahl 2005 in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung zu erklären, „wie und warum Politiker regelmäßig ihre Wahlniederlagen schönreden“ (Böcking 2005: 16). Die pauschale These vom „Schönreden der Wahlergebnisse“ als Hauptziel der Politiker scheint bei oberflächlicher Betrachtung der Wahlabendsendungen durchaus gerechtfertigt. Bewiesen ist sie allerdings bis heute nicht, fehlt doch bisher eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung zu den Darstellungen der politischen Akteure am Wahlabend.

Unzählige politikwissenschaftliche Publikationen beschäftigen sich mit politischer Kommunikation. Festzuhalten ist allerdings, dass die Politologie politische Kommunikation lange Zeit überwiegend als Wahlkampfkommunikation verstand und noch heute versteht (vgl. Kaase 1998: 97, 106). Einen Hinweis darauf geben die zahlreichen Beiträge, die allein zu den so genannten TV-Duellen der SPD- und Unionskanzlerkandidaten seit dem Jahr 2002 erschienen sind.² Erstaunlich daran ist allerdings, dass das wissenschaftliche Interesse an politischer Kommunikation am Wahlabend um Punkt 18:00 Uhr schlagartig zu erlöschen scheint. Mit dem Eintreffen der ersten Prognosen ist der Wahlkampf endgültig abgeschlossen und die Forschung wendet sich der Analyse des Wählerverhaltens zu. So gibt es nur eine Handvoll Publikationen zur politischen Kommunikation am Wahlabend, die jedoch entweder einen sprachwissenschaftlichen Ansatz verfolgen (vgl. Sucharowski 1985; Tennert und Stiehler 2001) oder aber dezidiert kommunikations- bzw. medienwissenschaftliche Aspekte fokussieren (Wied 2007). Stellt aber bereits die politische Kommunikation am Wahlabend eine „Forschungslücke“ dar, gilt dies für die „Bonner/Berliner Runden“ in ganz besonderem Maße. Dabei werden die Diskussionsrunden der Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten von ARD und ZDF bereits seit 1969 am Wahlabend ausgestrahlt (vgl. Wied 2007: 134) und erreichen regelmäßig ein zweistelliges Millionenpublikum. Aus diesem Grund ist eine politikwissenschaftliche Analyse der politischen Kommunikation am Wahlabend nicht nur angebracht und gewinnbringend, sondern längst überfällig. Vorliegende Untersuchung möchte einen politikwissenschaftlichen Einblick in die „Black Box“ der „Bonner/Berliner Runden“ am Wahlabend ermöglichen.

II. Untersuchungsziel und Untersuchungsdesign

Politische Kommunikation

Eine wissenschaftliche Beschäftigung mit politischer Kommunikation erfordert es, in einem ersten Schritt ein Mindestmaß an begrifflicher Klarheit herzustellen. Betrachtet man den Terminus Kommunikation, so wird im Allgemeinen zwischen verbaler und nonverbaler Kommunikation unterschieden. Während die Sprache das Mittel verbaler Kommunikation darstellt, sind die Kanäle nonverbaler Kommunikation vielfältiger: Hierzu zählen unter anderem Mimik, Gestik und Körperhaltung; auch Berührungen oder Kleidung können als Kommunikationsmittel fungieren. Im Gegensatz zu „Kommunikation“ erfährt der Politikbegriff bereits seit der Antike enorme wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Einen für den Kontext wertvollen Beitrag liefert Max Weber mit seiner berühmten Definition von 1919: „'Politik' würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung“ (Weber 1987: 8). Obwohl solch gouvernementale Politikansätze aufgrund der einseitigen Betonung der Mittel und völligen Vernachlässigung des Zwecks von Politik immer wieder kritisiert worden sind, „blieb die ‚Macht‘ bis heute (...) eine der wichtigsten Grundkategorien der Politik“ (v. Alemann 1991: 543).

Nach dieser Annäherung an die Begriffe Politik und Kommunikation gilt das Interesse nun der politischen Kommunikation. Eine eindeutige Begriffsbestimmung ist unmöglich (vgl. Wied 2007: 28). Unbestreitbar ist allerdings die enge Verknüpfung von Politik und Kommunikation. So ist etwa für Sarcinelli „Politik (...) ohne Kommunikation undenkbar“ (Sarcinelli 2005: 11) und Marcinkowski verweist auf die notwendige Simultaneität: „Kommunikation findet immer dann statt, wenn Politik stattfindet: in Form der kleinsten Aktennotiz, die in der Ministerialbürokratie angelegt wird, mit jedem Satz im Fernsehen, auf der Parteiveranstaltung oder unter vier Augen, wenn und insoweit es um die Vorbereitung, Herstellung, Durchführung und Vermittlung kollektiv verbindlicher Entscheidungen für die Gesellschaft geht“ (Marcinkowski 2001: 242). Auf den Machtaspekt politischer Kommunikation verweist wiederum Marcinkowski, wenn er diese als „instrumentelle Kommunikation, also beispielsweise keine ‚herrschaftsfreie‘ Deliberation im Sinne von Jürgen Habermas“ (ebd: 240) bezeichnet. In dieselbe Richtung, allerdings stark zugespitzt, würde ein für die Analyse des Wahlabends geeignetes Verständnis politischer Kommunikation führen, wenn diese aus der zuvor dargestellten, allgemeinen Bestimmung von Kommunikation und der Politik-Definition Max Webers abgeleitet würde: Demnach bezeichnete politische Kommunikation das Streben nach Machtanteil oder Beeinflussung der Machtverteilung durch intentionale verbale oder nonverbale Übermittlung von Botschaften, etwa durch Massenmedien.

Grundsätzlich können drei Stufen des politischen Kommunikationsprozesses identifiziert werden, wobei die ersten beiden dem politischen System, die dritte Ebene dem Mediensystem zugerechnet werden (vgl. Meyer 2000: 31). Den hier besonders interessierenden Bereich politischer Kommunikation am Wahlabend bildet die auf der zweiten Ebene angesiedelte „expressive ‚Selbst-Darstellung‘ der Politik“ (Schicha und Brosda 2002: 44). Wie die Fremddarstellung durch die Medien findet auch die Selbstdarstellung der Politik im öffentlichen Raum statt.³ Dieser Bereich wird in der Folge mit „Politikvermittlung“ bezeichnet, verstanden als der „von politischen Akteuren initiierte öffentliche Kommunikationsprozess“ (Tenscher 2003: 38). Neben dieser kommunikationswissenschaftlichen Dreiteilung gibt es eine originär politikwissenschaftliche Möglichkeit, den Analysegegenstand zu erfassen, nämlich die funktionale Kategorisierung von Politik nach polity, politics und policy (vgl. Wied 2007: 32). Die für die Politikvermittlung am Wahlabend zentrale politische Dimension stellen die politics dar, deren Grundbegriffe Akteur, Konflikt bzw. Konsens und Macht heißen (vgl. Wied 2007: 29). „Den P.-Aspekt betont auch Webers Kurzdefinition des Wesens der Politik: ‚Kampf, Werbung von Bundesgenossen und von freiwilliger Gefolgschaft‘“ (Schmidt 2004: 51).

Somit ist der Untersuchungsgegenstand klar umgrenzt: Im Zentrum der Analyse steht als Unterpunkt politischer Kommunikation die Politikvermittlung am Wahlabend, also die mediale (Selbst-) Darstellung politischer Akteure, die im Spannungsfeld von Konflikt und Konsens – im Sinne Max Webers – um die Beeinflussung der Machtverteilung kämpfen.

Politiker in der Arena: Kommunikative Spielregeln

Zur Untersuchung der medialen (Selbst-)Darstellung von Politikern wurde das „Leitmedium“ (Sarcinelli 1997: 40) Fernsehen gewählt. Für Politiker bietet das Fernsehen die mediale Arena, mit der sich am schnellsten und einfachsten ein Millionenpublikum erreichen lässt. Allerdings unterliegen die Äußerungen von Politikern im Fernsehen in besonderer Weise der medialen Handlungslogik: Die ständig „zunehmenden Darstellungskompetenzen auf Seiten der Politiker, die sich schrittweise zu funktionalen Politikvermittlungsexperten in eigener Sache entwickeln“ (Tenscher 2003: 24) werden unter dem Überbegriff Professionalisierung zusammengefasst.

Ein bereits lange zu beobachtender Trend ist die Personalisierung, verstanden als „Konzentration der Politikberichterstattung auf wenige Spitzenpolitiker, die über einen Elitebonus oder das nötige Mediencharisma verfügen“ (Wied 2007: 95). Für die in den „Bonner/Berliner Runden“ vertretenen Parteien empfiehlt sich also die Entsendung eines möglichst hochrangigen Vertreters, denn es gilt: „Je höher der Status [des

Absenders einer Botschaft], desto größer erscheint die Bedeutsamkeit einer Mitteilung, desto eher wird sie öffentlicher Aufmerksamkeit teilhaftig“ (Bergsdorf 1986: 31). Die in der Fachliteratur neben der Personalisierung am häufigsten genannten Merkmale von Politikvermittlung im Fernsehen sind Ritualisierung, Unterkomplexität und Stereotypisierung. Die Termini lassen sich nur schwer voneinander abgrenzen. Sarcinelli stellt fest, dass mit Ritualisierung bzw. rituellem Handeln der „Leerformelcharakter typischer, zumeist massenmedial transportierter Verhaltens- und Handlungsmuster zum Ausdruck gebracht“ (Sarcinelli 1998: 720) wird. Rituelle Sprachhandlungen kommen häufig in Situationen zum Einsatz, in denen umfassende Erklärungen oder klare Entscheidungen nicht getroffen werden können oder sollen (vgl. Tennert und Stiehler 2001: 28) Da für eine umfangreiche Darstellung komplexer Sachverhalte in den Nach-Wahl-Arenen kaum Raum bleibt, sind „unvollständige und verkürzte Argumentationsschemata der Regelfall“ (Tennert und Stiehler 2001: 88). Der enorme Zeit- und Erklärungsdruck, unter dem Politiker nicht nur am Wahlabend stehen, führt beinahe zwangsläufig zur Unterkomplexität ihrer sprachlichen Darstellungen. Um diesen zumindest den Anschein von Rationalität und Plausibilität zu verleihen, wird häufig auf ein überschaubares Reservoir von Erklärungen und Formulierungen zurückgegriffen, ein Phänomen, das üblicherweise mit dem Begriff „Stereotypisierung“ belegt wird.

Während die soeben genannten Merkmale zumindest tendenziell allen Fernsehauftritten von Politikern zueigen sind, gelten für eine Teilnahme an der „Bonner/Berliner Runde“ zusätzliche „Spielregeln“. Tennert und Stiehler weisen auf deren nur schwer einzuschätzenden Gesprächsverlauf hin: „In Formen wie dem Interview oder Diskussionsrunden sehen sich Politiker in viel stärkerem Maße mit unangenehmen Themen konfrontiert als im Rahmen vorbereiteter Reden“ (ebd.: 89). Dies gilt natürlich in besonderem Maße bei geforderten Stellungnahmen zu einem erst seit wenigen Stunden bekannten Wahlausgang. Zwar werden die in einem Rundengespräch agierenden Politiker institutionell auf die Sendung vorbereitet. Dennoch stellt dieses journalistische Format große Anforderungen an Spontaneität und rhetorisches Geschick, was zu einer erhöhten Anspannung und Nervosität beiträgt (vgl. Lummer 1989: 67). Trotz des relativ unvorhersehbaren Gesprächsverlaufs der „Bonner/Berliner Runden“ haben die Teilnehmer freilich auch hier noch die Möglichkeit, unangenehmen Fragen auszuweichen und mittels rhetorischer Kniffe auf andere Themen einzugehen (vgl. Leonhardt 1989: 26). Als sprachliches Instrument bedienen sie sich dazu häufig so genannter Kohärenzjoker, also frei verfügbarer Floskeln, „mit deren Hilfe einer ganz nach Belieben Zusammenhänge herstellen kann zwischen Dingen, die nichts miteinander zu tun haben“ (ebd.: 26). Ein weiteres Charakteristikum der Politikvermittlung in den „Elefantenrunden“ des Wahlabends ergibt sich aus den intendierten Empfängern der politischen Botschaften. Dieckmann stellt eine

Doppeladressierung der Aussagen fest und verwendet hierfür den Terminus „trialogische Kommunikation“ (Dieckmann 1981: 218). Dabei wird dem sich äussernden Politiker unterstellt, sich sowohl an die im Studio anwesenden Personen, als auch an den Fernsehzuschauer zu richten: „Das, was er sagt, hat nicht nur faktisch verschiedene Hörer, sondern ist oft auch intentional doppelt adressiert“ (ebd.).⁴ Die Funktionsmechanismen des Fernsehens verpflichten die Teilnehmer der „Bonner/Berliner Runden“ am Wahlabend somit auf einige strukturelle und rhetorische Paradigmen. „Die kommunikativen ‚Spielregeln‘ am Wahlabend sind also begrenzt“ (Tennert und Stiehler 2001: 87).

Politiker in der Arena: Intendiertes Ziel

Die (Selbst-) Darstellung politischer Akteure, die im Spannungsfeld von Konflikt und Konsens um die Beeinflussung der Machtverteilung kämpfen, ist Gegenstand dieser Untersuchung. Bleibt zu ergründen, um welche Art von Macht gekämpft wird und was – außer sich selbst – die Teilnehmer der „Bonner/Berliner Runden“ darzustellen bestrebt sind. Sarcinelli und Tenscher weisen darauf hin, „welche Macht sich aus den Darstellungsmöglichkeiten ergeben [sic!], die der gegenwärtige moderne Medienbetrieb bietet“ (Sarcinelli und Tenscher 2003: 9), und sprechen in der Folge von „Darstellungsmacht“ (ebd.). Der Historiker Heinrich August Winkler verwendet einen ähnlichen Begriff: „Wer über historische Deutungsmacht [Herv. i. Orig.] verfügt, übt mittelbar auch politischen Einfluss aus“ (Winkler 2004: 7). Denkt man nun in weniger historischen Kategorien, ist es durchaus legitim, die Feststellung Winklers umzuformulieren: Wer über politische Deutungsmacht verfügt, übt unmittelbar auch politischen Einfluss aus. Somit ist (mindestens theoretisch) denkbar, dass sich ein Politiker in seiner Darstellungsmacht bezüglich der Bundestagswahlen eine unmittelbare politische Machtquelle erschließen kann. Daraus wird klar, dass das Erringen von Darstellungs- oder Deutungsmacht als primäres Ziel der Politikvermittlung in den „Bonner/Berliner Runden“ am Wahlabend zu begreifen ist.

An dieser Stelle stellt sich dem politischen Akteur wie dem Beobachter die Frage, auf welchem Wege die Darstellungs-/Deutungsmacht zu erlangen ist. Marcinkowski, Greger und Hüning geben einen Hinweis: „Wer (...) Themen und Deutungsmuster frühzeitig platzieren und nach seinem ‚Drehbuch‘ besetzen kann, der wird zumindest kurzfristig Unterstützung ernten und hat gute Chancen, seine Interessen, Ziele und Absichten zu realisieren“ (Marcinkowski, Greger und Hüning 2001: 78). Über den potenziellen Wert eines akzeptablen Deutungsangebots herrscht unter den Teilnehmern der „Elefantenrunden“ sicherlich größtes Einvernehmen, freilich in Gegensatz zu den Themen und Deutungen selbst, die stark von Koalitions- und Parteiinteressen geprägt sind. Daher ist es „verständlich, dass die politische Auseinandersetzung vor allem eine

Konkurrenz um die Durchsetzung der eigenen Themeninterpretation in den Medien ist“ (Pfetsch und Perc 2004). Von hoher kontextueller Relevanz ist das Konzept des Agenda-Buildings. Laut Brettschneider bezeichnet Agenda-Building den „Kommunikationsprozess, in dem politische Akteure (...) versuchen, die für sie günstigen oder als wichtig erachteten Themen in der öffentlichen Diskussion – vor allem in der Medienberichterstattung – zu platzieren“ (Brettschneider 1998: 635). Dabei weisen gerade politische Diskussions- und Interviewsendungen wie die „Bonner/Berliner Runde“ ein besonders hohes Agenda-Building auf (vgl. Nieland und Tenscher 2002: 323). Bergsdorfs über 20 Jahre alter Befund gilt noch heute uneingeschränkt: „Wer die Themen beherrscht, über die politisch gesprochen wird, der ist den politischen Konkurrenten einen Schritt voraus; er hat eine größere Chance, seine Bewertung des debattierten Themas zur Meinung der Mehrheit zu machen. Insofern ist „der Kampf um Themen (...) die entscheidende Voraussetzung für die politische Meinungsführerschaft“ (Bergsdorf 1986: 30) – und somit für politische Macht.

Die von Politikern stets angestrebte Deutungsmacht speist sich aus dem Platzieren eines Themas in Verbindung mit einer potenziell mehrheitsfähigen eigenen Darstellung. Die beabsichtigte Überblicksarbeit zu dem bisher vernachlässigten Thema der politischen Kommunikation am Wahlabend muss sich demnach auf eine Kategorisierung von Themen und Deutungen in den „Bonner/Berliner Runden“ konzentrieren. Untersuchungsziel ist somit die Erstellung einer Typologie von Themen und Deutungs- bzw. Darstellungsmustern der politischen Akteure in den „Bonner/Berliner Runden“ am Wahlabend.

Materialauswahl und Untersuchungszeitraum

Eine Untersuchung der politischen Kommunikation am Wahlabend muss sich keineswegs zwangsläufig mit den „Bonner/Berliner Runden“ beschäftigen. Weitere Kommunikationsformen böte sich an, etwa die Reden der Parteivorsitzenden in ihren Parteizentralen auf verbaler Ebene oder die Inszenierungen der offiziellen Wahlpartys der Parteien auf nonverbaler Ebene. Dennoch drängt sich die Beschränkung vorliegender Arbeit auf die „Bonner/Berliner Runden“ geradezu auf. Eine Untersuchung von Themen und Darstellungsmustern konzentriert sich sinnigerweise auf die verbale Ebene der Politikvermittlung. Unter den verbalen Kommunikationsformen stoßen gerade die ARD/ZDF-Gemeinschaftsproduktionen auf ein enormes Zuschauerinteresse. Das entscheidende Kriterium für die Auswahl der Fernsehdiskussionen am Wahlabend stellt aber das journalistische Format selbst dar: Eine Auseinandersetzung um Themen und Darstellungen zwischen den politischen Akteuren prägt sich am deutlichsten in der direkten Konfrontation mit wechselseitigen Antwortmöglichkeiten aus.

Eine Fokussierung auf die Bundestagswahlen der Jahre 1980 bis 2005 ist ebenfalls sinnvoll. Einerseits handelt es sich bei Wahlen zum Deutschen Bundestag um diejenigen mit dem höchsten Stellenwert im politischen System der Bundesrepublik. Andererseits erweist sich eine Beschränkung auf insgesamt acht Fernsehsendungen aus den Wahljahren von 1980 bis 2005 aus forschungökonomischen, finanziellen und wissenschaftlichen Gründen als zweckmäßig: Ein zu großer Umfang des originären Fernsehmaterials hätte eine eingehende empirische Beschäftigung deutlich erschwert. Hinzu kommt, dass die ohnehin teils schwierige Beschaffung der Primärquellen äußerst kostenintensiv ist (vgl. Wied 2006: 126). Überdies beinhaltet eine Analyse der „Bonner/Berliner Runden“ seit 1980 sämtliche Regierungskonstellationen, die in den letzten knapp fünf Jahrzehnten auf Bundesebene realisiert worden sind.

Qualitative Textanalyse

Zur Beantwortung der zentralen Forschungsfrage nach den Themen und Darstellungsmustern in den „Bonner/Berliner Runden“ am Wahlabend wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Eine aufwändige, aber notwendige Vorarbeit für die Textanalyse ist die Verschriftung des primären Datenmaterials. Da für die „Bonner/Berliner Runden“ zu den Bundestagswahlen der Jahre 1980 bis 2005 keine fertigen Transkripte zur Verfügung standen, wurden in einem ersten Arbeitsschritt alle acht Fernsehdiskussionen mit einer Gesamtlänge von etwa 5:40 Stunden vollständig⁵ transkribiert und somit als Quelle erschlossen.

III. Strukturelle Rahmenbedingungen

„Hier im Bonner ARD-Studio begrüßen mein Kollege, Klaus Bresser, und ich die Vertreter der Parteien, die heute in den Deutschen Bundestag gewählt wurden“. Diese einleitenden Worte des ARD-Chefredakteurs Hartmann von der Tann aus dem Jahr 1994 liefern uns bereits deutliche Hinweise auf das journalistische Format und die Akteure der „Bonner/Berliner Runden“. Die traditionsreiche ARD/ZDF-Gemeinschaftsproduktion erschien zwar unter wechselnden Namen (siehe Tabelle 1), besitzt aber seit Jahrzehnten ein klar definiertes mediales Profil, das als Gruppeninterview, Rundengespräch oder Fernsehdiskussion bezeichnet wird. Die an der Diskussion teilnehmenden Gäste werden abwechselnd von zwei Moderatoren befragt, von denen der eine der ARD und der andere dem ZDF angehört. Die „Bonner/Berliner-Runden“ werden live gesendet, wobei Aufzeichnung und Ausstrahlung seit 1987 auf einen Beginn um etwa 20:15 Uhr festgelegt sind und eine Länge von ungefähr 45 Minuten haben (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Offizieller Titel, Sendezeit und -dauer, telemetrische Nutzungsdaten

	Titel der Sendung **	Sendezeit (ARD/ZDF)	Sendedauer (min.)	Zuschauer (Mio.) ***	Marktanteil (%) ***
05.10.1980*	-	21:30 – 22:00	31:18	-	-
06.03.1983	ARD/ZDF - Bundestagsrunde	20:31 - 21:13	41:54	20,50	54,0
25.01.1987	ARD/ZDF - Bundestagsrunde	20:15 – 20:58	42:30	18,42	51,0
02.12.1990	Die Bundestagsrunde	20:15 - 21:01	45:43	13,92	52,6
16.10.1994	Bundestagsrunde	20:19 - 21:07	47:55	12,32	37,5
27.09.1998	ZDF/ARD Bonner Runde	20:20 - 21:09	49:00	12,87	36,9
22.09.2002	ZDF/ARD Berliner Runde	20:19 - 20:59	40:37	12,13	33,4
18.09.2005	ZDF/ARD Berliner Runde	20:14 - 20:58	44:10	13,43	37,7

Quelle: eigene Darstellung

Datenbasis: ARD-Medienforschung; ZDF-Medienforschung; Bild + Funk 40 1980: 72f; originäres Fernsehmaterial.

* Im Jahr 1980 war die „Bonner Runde“ in die Wahlsendung eingebettet; daher liegen weder der ARD noch dem ZDF Titel der Sendung, genaue Sendezeit sowie telemetrische Nutzungsdaten vor.

** Die von ARD/ZDF offiziell angegebenen Titel weichen teilweise von der dem Fernsehzuschauer präsentierten Benennung ab. Aus Gründen der Übersichtlichkeit finden in der Folge ausschließlich die Begriffe „Bonner Runde“ bzw. „Berliner Runde“ Verwendung.

*** Die ausgewiesenen telemetrischen Nutzungsdaten beziehen sich auf die ARD und das ZDF. Zu einigen Wahlen strahlten zeitgleich auch dritte Programme die „Bonner/Berliner Runden“ aus, so z.B. der WDR im Jahr 2002 (vgl. Bild + Funk 38 2002: 36).

Für die räumliche Gesprächssituation gibt es keinen einheitlichen Standard. Die einzige Konstante in der Sitzordnung bildete der „Moderatorenblock“, also die Platzierung der beiden Fragesteller unmittelbar nebeneinander. Die Anordnung der Gäste variierte jedoch je nach Sendung zwischen rechterhand der Moderatoren (1983, 1987, 1994) und beiderseits der Moderatoren (1980, 1990, 1998, 2002, 2005). Dabei gestaltete sich bereits die Aufreihung der Diskutanten rechts der Moderatoren uneinheitlich. Während 1983 eine Ordnung nach Parteigröße und 1994 nach Regierung und Opposition vorgenommen wurde, ist für 1987 überhaupt keine Logik erkennbar.⁶ Die Separation von amtierender Regierung und Oppositionsparteien war für die „zweipolige“ Sitzaufteilung der Jahre 1980, 1990 und 1998 charakteristisch.⁷ Seit 2002 hat sich eine räumliche Trennung von CDU, CSU, FDP sowie SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS durchgesetzt.⁸ Die an sich logischere Trennung zwischen Regierung und Opposition wurde also zugunsten eines wenig modernen Rechts-Links-Schemas aufgegeben, was allerdings weniger als Tribut an die politische als an die optische Symmetrie des Studios aufzufassen sein dürfte. Ob sich die Tendenz zur Rechts-Links-Polarisierung der Sitzordnung in der „Berliner Runde“ am nächsten Wahlabend fortsetzen wird, bleibt gerade vor dem Hintergrund der Großen Koalition abzuwarten. Eine Sonderrolle in der räumlichen Gesprächssituation nahmen lange Zeit die CSU-Vorsitzenden ein, die in den Jahren 1983 und 1987 (Strauß), sowie 1990, 1994 und 1998 (Waigel) nicht in persona an der Diskussionsrunde teilnahmen, sondern live aus München zugeschaltet wurden.

Einzig die Kanzlerkandidaten Strauß (1980) und Stoiber (2002) sowie der designierte Bundeswirtschaftsminister Stoiber (2005) kamen nach Bonn bzw. Berlin, wohingegen der Bundesfinanzminister Waigel stets darauf verzichtete. Hegte ein bayerischer Ministerpräsident konkrete Ambitionen auf ein neu zu vergebendes bundespolitisches Amt, empfand er es demnach als angezeigt, selbst im Studio anwesend zu sein.

Auch wenn im Falle der CSU an allen acht Sendungen der Parteivorsitzende teilnahm, so ist dies keineswegs obligatorisch, obwohl die Programmredaktionen von ARD/ZDF durchaus auf die Auswahl der Teilnehmer einwirken. So erhalten alle (nach jeweiligem Kenntnisstand) im neu gewählten Bundestag repräsentierten Parteien eine Einladung für je eine Person, allerdings ohne namentliche Festlegung. Die Entscheidung, welchen Vertreter sie in die „Elefantenrunden“ am Wahlabend entsenden, obliegt somit den Parteien selbst.⁹ Von insgesamt 44 Auftritten in 25 Jahren nahmen in genau 41 Fällen die Parteivorsitzenden¹⁰ selbst die Einladung an. In den drei übrigen Fällen traten die jeweiligen Spitzenkandidaten ihrer Partei auf: im Jahr 1990 Lafontaine statt des SPD-Vorsitzenden Vogel (SPD) und im Jahr 2005 Bundeskanzler Schröder für SPD-Chef Müntefering sowie der grüne Spitzenkandidat und Bundesaußenminister Fischer anstelle der Parteivorsitzenden Bütikofer oder Roth.

Zuletzt genanntes Beispiel deutet auf einen prinzipiellen, strukturellen Nachteil hin, dem Bündnis 90/Die Grünen in den „Elefantenrunden“ unterliegen. Während man zumindest den Vorsitzenden der anderen Parteien grundsätzlich unterstellen kann, dass sie die offizielle Parteimeinung repräsentieren, ist dies bei Bündnis 90/Die Grünen durch ihre 1993 eingeführte „Doppelspitze“ nicht in gleichem Maße gewährleistet. Hinzu kommt eine enorme Fluktuation der Gesprächsteilnehmer bei Bündnis 90/Die Grünen bzw. ihren Vorgängerorganisationen. Seit ihrer ersten Teilnahme im Jahr 1983 wechselten die Vertreter von Rainer Trampert (1983), Lukas Beckmann (1987) und Marianne Birthler (1990) über Ludger Volmer (1994) und Jürgen Trittin (1998) zu Fritz Kuhn (2002) und Joseph Fischer (2005). Für diese Untersuchung lässt sich somit festhalten: Themen und Darstellungsmuster bei Bündnis 90/Die Grünen waren deutlich weniger vom persönlichen Stil der Diskussionsteilnehmer geprägt als etwa bei der CDU, die seit 1980 mit Helmut Kohl (1980 bis 1998) und Angela Merkel (2002 und 2005) nur zwei verschiedene Repräsentanten aufbot. Ähnlich klein war der Personenkreis bei PDS (zwei unterschiedliche Vertreter) und CSU (drei), wohingegen SPD (vier) und FDP (sechs) einen größeren Teilnehmerkreis aufwiesen. In Bezug auf die politischen Akteure in den „Elefantenrunden“ lässt sich insgesamt schließen: Die eingeladenen Parteien haben in einer personalisierten Mediengesellschaft ein besonderes Interesse daran, in der „Bonner/Berliner Runde“ des Wahlabends mit ihrem höchstrangigen Repräsentanten vertreten zu sein.¹¹ Nirgendwo sonst lassen sich Themen

und Darstellungsmuster so zeitnah zum Wahlausgang vor einem Zwölf- bis 20-Millionenpublikum (siehe Tabelle 1) platzieren.

Neben der Kenntnis der geschilderten strukturellen Rahmenbedingungen kann auch ein Überblick über die Wahlergebnisse der relevanten Bundestagswahlen dem Leser als Hilfestellung bieten (vgl. Anhang).

IV. Themen und Darstellungsmuster in den „Bonner/Berliner Runden“ zu den Bundestagswahlen der Jahre 1980 bis 2005

„Als typischer Fall der Erklärung von Wahlergebnissen kann eine Aussage von Politikern gelten, die häufig die Bewertung des Wahlergebnisses mit der Ursachenzuschreibung und dem Blick nach vorn verbindet“ (Tennert und Stiehler 2001: 117). Mit diesem Befund liefern Tennert und Stiehler einen ersten, wenn auch unpräzisen Vorschlag zur Einteilung der am Wahlabend besetzten Themen. Andererseits wird daraus deutlich, welche unterschiedlichen Motive bereits eine einzelne Aussage am Wahlabend enthalten kann. Aus der Durchführung der qualitativen Textanalyse ergab sich eine Einteilung der Gesprächsgegenstände in drei übergeordnete Kategorien. Ein erster Teil der Untersuchung befasst sich – entsprechend dem Vorschlag von Tennert und Stiehler – mit dem aktuellen Wahlergebnis, wobei sowohl dessen Interpretation, als auch die Ursachenzuschreibungen durch die politischen Akteure wichtige Rollen spielen. Die beiden weiteren Analyseabschnitte beschäftigen sich mit denjenigen Gesprächsgegenständen, die von Tennert und Stiehler pauschal als „Blick nach vorn“ tituliert wurden. Im Fokus des zweiten Untersuchungsteils stehen die unmittelbaren (macht-) politischen Folgen der Wahl und ihre Präsentation durch die politischen Akteure. Das dritte Kapitel befasst sich hingegen mit den weit blickenden politischen Strategen und ihren taktischen Möglichkeiten zur Positionierung der eigenen Partei am Wahlabend.

1. Das Wahlergebnis – Interpretation und Ursachensuche

„Heute Abend ist die Frage nach dem Wahlergebnis, nach der Bewertung, nach der Analyse [zu beantworten]“, erklärte Kohl in der „Bonner Runde“ 1987. In der Tat stellen die Definition der Resultate und die Deutung ihrer Ursachen einen elementaren Bestandteil der Diskussionsrunden am Wahlabend dar. Nach Tennert und Stiehler „besteht ein Bedürfnis nach Interpretation der Wahlergebnisse, da die Botschaft zunächst unklar und mehrdeutig ist“ (Tennert und Stiehler 2001: 7). Wenngleich dieser Beobachtung prinzipiell zugestimmt werden kann, muss doch dem Eindruck

widersprochen werden, die zunächst vorhandene Mehrdeutigkeit könnte am Wahlabend auf eine allgemeingültige Interpretation eingegrenzt werden; das Gegenteil ist der Fall. „Sieg“ oder „Niederlage“? Die Deutung der Wahlergebnisse

Die mediale Funktionslogik leistet unterkomplexen und verkürzten Darstellungen Vorschub (vgl. 2.) und favorisiert somit eine plakative Einteilung in Wahlgewinner und -verlierer. Eine solche Klassifizierung der Parteien bzw. ihrer Vertreter setzt allerdings – wie bereits angedeutet – eine Wertung voraus. Da sich Deutungen so genannter Wahlsieger und -verlierer auch qualitativ nicht voneinander abgrenzen lassen, ist eine solche Unterscheidung wenig sinnvoll. Wesentlich aussagekräftiger erscheint die hier getroffene Typologisierung von negativen Interpretationen des eigenen Resultats und Aufwertungen des eigenen Ergebnisses anhand der Wahl eines geeigneten Bezugspunkts.

„Zunächst einmal: Wir haben die Wahl verloren“, begann Oskar Lafontaine 1990 seine Interpretation des Wahlergebnisses. Auch wenn die Wortwahl des SPD-Kandidaten im zeitlichen Verlauf des Abends vorsichtiger wurde,¹² bildet das Eingeständnis der absoluten Niederlage seiner Partei einen Ausnahmefall in allen untersuchten „Bonner/Berliner Runden“, wie auch der Moderator anmerkte.¹³ Zwar war Lafontaine längst nicht der einzige Gast, der dem eigenen Wahlergebnis eine negative Bewertung zumaß oder gar eine Niederlage eingestand, doch waren alle übrigen Interpretationen nicht absoluten sondern relativen Charakters. Mit seiner einleitenden Frage an den SPD-Vorsitzenden warf Carl Weiss 1980 bereits wesentliche potenzielle Bezugspunkte einer negativen Ergebnisbewertung auf: „Herr Brandt, es ist unvermeidlich, dass Wahlergebnisse nicht nur am jeweils letzten Wahlergebnis gemessen werden sollen, auch an den Absichten, an den Intentionen, mit denen man in diese Wahl gegangen ist“.

Als augenfälligster Referenzwert erscheint der Ausgang der letzten Bundestagswahl, bilden doch prozentuale Stimmengewinne und -verluste eine zumindest statistische Wahrheit ab. Helmut Kohl beschrieb das Unionsergebnis 1994 mit folgenden Worten: „Und wir haben 1990 43,8 gehabt und haben jetzt, wenn die Hochrechnungen sich so stabilisieren, ungefähr 41,5. Das heißt, wir haben Stimmen verloren“. Ähnlich ordnete Gerhard Schröder das Resultat der SPD 2005 ein: „...verglichen mit dem letzten Wahlergebnis haben wir verloren. Das ist doch gar keine Frage“. In beiden Fällen bildete der knappe Verweis auf die prozentualen Stimmenverluste die einzige negative Aussage zum eigenen Wahlergebnis. Dies erstaunt umso mehr, als sich Kohl mit dem bis dahin schlechtesten Unionsergebnis seit 1949 und Schröder mit dem zweit-schlechtesten SPD-Resultat seit 1957 konfrontiert sahen. Zudem handelt es sich bei der Darstellung von Verschlechterungen zur vorangegangenen Wahl nicht um eine Wertung im eigentlichen Sinne, sondern um eine rein numerische Tatsachenbeschreibung.

Die vergangene Parlamentswahl kann allerdings nicht das einzige Kriterium zur Deutung des aktuellen Ergebnisses sein, wie das folgende Beispiel veranschaulicht. Trotz deutlicher Zugewinne war die FDP nicht nur nach allgemeiner Einschätzung die Verliererin der Bundestagswahl 2002 (vgl. Michel 2005: 273), auch ihr Vorsitzender zeigte sich mit dem Ergebnis unzufrieden: „Wir sind klar unter dem geblieben, was wir erwartet haben.“ Das Eingeständnis enttäuschter Erwartungen bot Politikern am Wahlabend regelmäßig eine elegante Möglichkeit, unbefriedigende Resultate zu beschreiben. Auch Kanzler Kohl maß das Unionsergebnis 1987 nicht an den 48,8 Prozent der Bundestagswahl 1983, sondern an seiner eigenen Hoffnung: „Ich habe mit 46 Prozent gerechnet; wir sind jetzt je nach der Hochrechnung bei 43,6 oder 43,9 – so ungefähr wird sich das einpendeln. Wir haben Verluste erlitten“. Während Kohl seinen „bitteren Sieg“¹⁴ somit relativ kritisch bewertete, räumte Merkel 2005 für die Union als einen der „Verlierer der Wahl“ (Forschungsgruppe Wahlen 2005: 38) lediglich ein, „dass wir uns natürlich ein besseres Ergebnis gewünscht hätten“.

Ein weiteres Kriterium führt regelmäßig zur negativen Beurteilung des eigenen Ergebnisses: das Verfehlen der Regierungsbeteiligung bzw. -führung. Obwohl die SPD im Jahr 1994 nicht nur zu den Siegern gehörte, sondern die größten Stimmengewinne überhaupt verzeichnen konnte (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1994: 62), musste ihr Kanzlerkandidat Scharping trotz aller zur Schau gestellter Zufriedenheit einräumen, dass „das Hauptziel eindeutig nicht erreicht ist“. Nach der klaren Abwahl der Regierung Kohl/Kinkel gestanden schließlich alle drei Vertreter der christlich-liberalen Koalition in der „Bonner Runde“ explizit ihre Niederlage ein: „...wir haben die Wahl verloren. Es ist ganz eindeutig, dass die Sozialdemokraten und Rot-Grün die Wahl gewonnen hat“, stellte der Kanzler fest, und der FDP-Vorsitzende Gerhardt pflichtete ihm bei: „...ich war für diese Koalition. Wir haben die Wahl verloren“.¹⁵ Durch den Verweis auf die Koalitionsthematik unterschieden sich die Aussagen allerdings deutlich von derjenigen Lafontaines aus dem Jahr 1990. Während dieser die Wahlschlappe absolut und ausschließlich für seine Partei eingestand, bezogen sich Kohl, Waigel und Gerhardt lediglich auf das Scheitern der Koalition, deren Fortsetzung als Wahlziel ausgegeben worden war.

Als der geschlagene Helmut Kohl in der „Bonner Runde“ 1998 dem Unionsergebnis keinerlei positive Seiten abgewinnen konnte, bildete er eine einsame Ausnahme. Denn trotz unterschiedlichster Resultate und Gefühlslagen glichen sich „Sieger“ und „Verlierer“ bei ihren Fernsehauftritten in einem zentralen Punkt: Im Untersuchungszeitraum wurden von allen politischen Akteuren positive Darstellungsmuster und Strategien zur Aufwertung ihres Wahlergebnisses angewendet. Dabei sparten die Gäste – im Gegensatz zu ihren negativen Bewertungen – kaum an

Pauschalisierungen, wie etwa Lafontaines Bewertung am Wahlabend 1998 zeigte: „Wir haben einen überwältigenden Wahlsieg errungen“.¹⁶ Häufig wurde dem eigenen Ergebnis, auch nach deutlichen Verlusten, eine insgesamt positive Deutung zuteil. So sah Genscher 1983 eine „ganz starke Unterstützung für diese Freie Demokratische Partei“, und Schröder widersprach 2002 der Formulierung „Wahlverlierer“ und wertete das SPD-Resultat als „achtbar“.¹⁷

Jenseits dieser Verallgemeinerungen bieten wiederum die designierte Regierungskoalition, die letzte Bundestagswahl sowie eigene Erwartungen potenzielle Ansatzpunkte zur – diesmal positiven – Bewertung des eigenen Ergebnisses. Dabei wurde im Erfolgsfall das Erreichen des Wahlziels „Fortsetzung der Koalition“ thematisiert.¹⁸ Parallel dazu wurde auch die Abwahl einer Regierung von den bisherigen Oppositionsparteien als Erfolg interpretiert: „Wir haben in diesem sehr harten Wahlkampf es erreicht, unsere beiden Ziele – wie das zurzeit aussieht – tatsächlich zu erreichen, nämlich die Ablösung von Herrn Dr. Kohl...“, bilanzierte Jürgen Trittin 1998. Wurden die Veränderungen zur letzten Parlamentswahl thematisiert, zeigten sich zwei unterschiedliche Strategien zur Aufwertung des eigenen Ergebnisses. Zum einen wurde die Verbesserung des eigenen Resultats unterstrichen: „Aber es hat nun auch schon Regierungen gegeben – beispielsweise ’94 bis ’98... da war die FDP schwächer aufgestellt, als wir es jetzt sind“, wertete Westerwelle das enttäuschende Abschneiden der Liberalen 2002 auf. Zum anderen erfolgte eine Erhöhung des eigenen Abschneidens häufig durch negative Interpretation der anderen Parteiergebnisse, wie es etwa Brandt 1980 tat: „Ich kann die These nicht richtig verstehen von Herrn Ministerpräsidenten Strauß heute Abend, die CDU/CSU sei im Kommen. Das ist dann ein Kommen in der anderen Richtung, denn wenn man fast 49 gehabt hat und hat diesmal gut 45, dann kann die Bevölkerung daraus nicht ableiten, dass man im Kommen sei“. Teilweise wurden starke Verluste sogar in relative Gewinne umgedeutet: „Heute haben Sie deutlich mehr verloren als die CDU/CSU“¹⁹, gab Stoiber 2005 dem amtierenden Kanzler zu bedenken. Als wiederkehrendes Motiv findet sich schließlich auch die Herausstellung eigener Erwartungen. Sogar der selbsternannte Wahlverlierer Lafontaine fand 1990 eine Möglichkeit, die Niederlage etwas zu relativieren: „Wir haben in etwa das Ergebnis erreicht (...), von dem wir ausgegangen sind“.²⁰

Während sich Bezüge auf eigene Erwartungen, die designierte Regierung sowie das Ergebnis vorangegangener Wahlen als Ansatzpunkte positiver wie negativer Darstellungen des eigenen Ergebnisses eignen, wählten die politischen Akteure regelmäßig Bezugspunkte von anderer Qualität zur Aufwertung. Obgleich die Hochrechnungen der Meinungsforschungsinstitute am Wahlabend zumindest in jüngerer Zeit eine hohe Stabilität aufweisen (vgl. Wied 2007: 173), wurde von den Diskussionsteilnehmern immer wieder die Hoffnung auf deren Ungenauigkeit und eine

Verbesserung ihres Resultats unterstrichen. „Ja zunächst, Herr von der Tann, will ich sagen, dass es ja auch noch nie so knapp war, wie es heute ist. Und auch da warte ich ab, bis das endgültige Ergebnis auf dem Tisch ist“. Während Scharping am Wahlabend 1994 auf ein zu diesem Zeitpunkt durchaus denkbare Ende der schwarz-gelben Koalition hinwies, setzte Kanzler Kohl seinerseits Hoffnungen auf eine Verbesserung des amtlichen Endergebnisses: „Ich denke, es besteht ja eine Chance, dass sich die Mehrheit noch verbessert durch Überhangmandate“. Als sich am Wahlabend 2002 das Scheitern der PDS an der Fünf-Prozent-Hürde abzeichnete, verfolgte die Vorsitzende Zimmer dieselbe Taktik, wobei sie ihr Motto explizit erwähnte: „...die Hoffnung stirbt zuletzt“.

Während die Hochrechnungen am Wahlabend mittlerweile bemerkenswert nahe am tatsächlichen Wahlausgang liegen, gilt dies für die vor der Wahl veröffentlichten Prognosen keineswegs in gleichem Maße. Dieser Umstand bot den politischen Akteuren am Wahlabend immer wieder die Möglichkeit, das Abschneiden ihrer Partei an den (noch) niedrigeren Voraussagen vor der Wahl zu messen. Bereits bei seiner ersten Teilnahme an einer „Elefantenrunde“ am Wahlabend 2002 zog Kanzler Schröder dieses Motiv heran, als er auf die Verluste seiner Partei angesprochen wurde: „Wenn ich mir die Diskussion in den letzten Monaten ankucke – auch im ZDF – dann war von viel mehr die Rede“. Bei seinem viel beachteten zweiten Auftritt im Jahr 2005 war Schröder bemüht, keinerlei Zweifel am Ergebnis der SPD aufkommen zu lassen, indem er die Differenz von Prognosen vor der Wahl zu dem ihm bekannten Ergebnis herausstrich: „Aber verglichen mit dem, von wo wir kamen, Herr Brender, von 24 Prozent nämlich, verglichen mit dem, was wir erleben mussten in den letzten Wochen und Monaten, bin ich wirklich stolz auf meine Partei“.²¹ Eine weitere Aufwertung des sozialdemokratischen Ergebnisses strebte er durch die negative Interpretation des Unionsresultats an: „Aber schauen Sie mal: In Ihren Sendungen ist gesagt worden: Frau Merkel ist bei 49, bei 45, bei 43, jetzt ist sie bei knapp 35...“. Ob die Aussagen zu den Vor-Wahl-Prognosen der Realität entsprechen oder nicht, spielt kaum eine Rolle, geht es doch bei den wahlabendlichen „Darstellungsstrategien (...) nur sehr begrenzt um ‚Wahrheitssuche‘“ (Tennert und Stiehler 2001: 30).

Ein weiteres Darstellungsmuster, das von den politischen Akteuren exklusiv zur positiven Deutung des eigenen Ergebnisses verwendet wurde, ist das Stärkeverhältnis im neu gewählten Bundestag. Falls möglich betonten insbesondere die Unionsparteien ihren Status, wofür die Aussage Kohls von 1980 als ein Beleg gelten kann: „Wir sind und bleiben die stärkste politische Kraft“.²² Ein wiederkehrendes Bedürfnis, die parlamentarischen Größenverhältnisse hervorzuheben, bestand auch bei den Liberalen, allerdings nur für den Fall eines Übertreffens der CSU, der Grünen (ab 1983) und der PDS (seit 1990). „Wir sind als Freie Demokraten die drittgrößte Partei bei dieser

Bundestagswahl“²³, freute sich Guido Westerwelle 2005. Gerade anhand der FDP lässt sich besonders gut erkennen, welche entscheidende Rolle die Wahl des geeigneten Bezugspunkts spielt. Als die FDP im Jahr 1994 nur fünfte politische Kraft wurde, präsentierte Kinkel seine Freude über ein „glattes Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde, das heißt zurück wieder in den Bundestag, wo wir ja mit einer starken Fraktion noch drin sind“²⁴. Dabei ist der Wiedereinzug in den Bundestag ein Darstellungsmuster, das den Vertretern kleinerer Parteien potenziell in jeder beliebigen „Elefantenrunde“ zur Verfügung steht – wären sie doch bei einem Verfehlen der parlamentarischen Repräsentation gar nicht erst eingeladen worden.

Um ihre Darstellung noch eindringlicher zu gestalten, bemühten sich einige Politiker, dem „Erfolg“ noch am Wahlabend historischen Glanz zu verleihen. So empfand Strauß 1983 „unseren Wahlsieg als einen sensationellen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik“ und Lafontaine wählte sich 1998 am „Beginn einer neuen politischen Epoche“. Bisweilen bedienen sich Politiker sogar fragwürdiger Methoden, um ihrem Ergebnis den richtigen Schliff zu verpassen. Es war wieder Helmut Kohl, der 1994 die CDU als „einzige Partei über 40 Prozent, und das in Gesamtdeutschland“ präsentierte. Tatsächlich hatte die CDU lediglich 34,2 Prozent erhalten; erst in Addition mit der CSU überwand sie die 40-Prozent-Grenze. Auch der CSU-Vertreter Waigel stellte im Jahr 1998 eine bemerkenswerte Rechnung auf, indem er das vorläufige CSU-Ergebnis von 48,4 Prozent auf eine Stufe mit den 52,9 Prozent der Bayernwahl des gleichen Jahres stellte: „Wir haben, was die absolute Zahl der Stimmen anbelangt, soviel Stimmen geholt wie bei der Landtagswahl“. Dabei verschwieg Waigel jedoch die höhere Wahlbeteiligung und lieferte ein weiteres anschauliches Beispiel der Aufwertung des eigenen Ergebnisses mithilfe der Wahl eines geeigneten Bezugspunkts.

Begründungen des Resultats – Ursachensuche am Wahlabend?

Neben einer reinen Bewertung des Wahlausgangs wird von den politischen Akteuren in den „Bonner/Berliner Runden“ eine präzise Darstellung der Gründe erwartet. Obgleich in vielen Fällen eine detaillierte Ursachenanalyse explizit abgelehnt wurde,²⁵ lieferten die Gäste unterschiedlichste Begründungen für das Abschneiden ihrer Partei, wobei grob zwischen Erklärungen für Stimmengewinne und solchen für Stimmenverluste zu differenzieren ist. Aufgrund des geringen zeitlichen Abstands zur Wahl wurden Detailanalysen, etwa hinsichtlich der Wahlsoziologie oder der Wählerwanderung, am Wahlabend äußerst selten vorgenommen. So reklamierte etwa Ludger Volmer für Bündnis 90/Die Grünen in der „Bonner Runde“ 1994, „den linksliberalen Teil teilweise von der FDP abgespalten“²⁶ zu haben. Davon abgesehen lieferten die Gesprächsteilnehmer meist relativ simple Erklärungsansätze für ihre Stimmengewinne. In einer ganzen Reihe von Aussagen wurde die Qualität des Wahlkampfes

hervorgehoben: „...unser Wahlkampf hat einen Riesenanteil an dem Ergebnis; wir haben einen geschlossenen – sachlich und personell geschlossenen – Wahlkampf geführt“, lobte Graf Lambsdorff 1990 sich und seine Partei. Gleichzeitig stellte der FDP-Vorsitzende alle denkbaren Aspekte eines erfolgreichen Wahlkampfes heraus, nämlich die innerparteiliche Geschlossenheit, die Bedeutung der Sachthemen und den Beitrag der handelnden Personen. Vor allem letztere wurden in den meisten Fällen als gleichwertig für den Wählerzuspruch dargestellt. So erklärte etwa Fritz Kuhn das bündnisgrüne Ergebnis 1994 mit der Einschätzung, „dass wir eine gute Kombination von Programmatik und inhaltlichen Ideen mit guten Personen verbinden konnten“. Auch Schröder empfand es am Wahlabend 2005 als unerlässlich, sich selbst als tragende Säule der Stimmengewinne (im Vergleich zu den Prognosen) zu präsentieren,²⁷ um später seinen Führungsanspruch daraus abzuleiten. Während eine positive Bewertung des eigenen Wahlkampfes prinzipiell von allen politischen Akteuren hätte vorgenommen werden können, führten Vertreter der amtierenden Regierung Stimmengewinne bisweilen auf Hoffnungen und das Vertrauen der Wahlbevölkerung zurück, wie es Kanzler Kohl mehrfach tat: „...es ist uns gelungen (...), dass die Bürger unseres Landes in diese Koalition der Mitte die Hoffnung setzten und die Hoffnung setzen, dass wir die Wende in der Wirtschaft, in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schaffen; dass wir Hoffnung verkörpert haben...“.²⁸

Die bisher angeführten Ursachen für Stimmengewinne lagen in der Verantwortung der Parteien oder der Regierung selbst, waren also ausnahmslos endogener Natur. Mit derartigen Rückführungen von Erfolgen auf eigene Leistungen verfolgten die politischen Akteure eine klare Strategie zur Aufwertung ihres Ergebnisses (vgl. Tennert und Stiehler 2001: 127f.). Nur ein einziges Mal im Untersuchungszeitraum schrieb ein Parteivertreter dem politischen Gegner einen Anteil an seinem Stimmenzuwachs zu.²⁹

Wenn Diskussionsteilnehmer eigene Stimmengewinne beinahe ausschließlich mittels endogener Faktoren erklärten, verwundert es nicht, dass für die Stimmengewinne anderer Parteien stets exogene, also außerhalb der Parteiverantwortung liegende Ursachen angeführt wurden. Als Beispiel hierfür können die Begründungen des gewachsenen Wähleranteils der PDS in der „Bonner Runde“ 1994 dienen. Während Kohl die beiden Berliner Direktmandate der PDS auf den ehemaligen SED-Mitgliederbestand zurückführte, verbanden Waigel und Volmer die Abwertung des PDS-Resultats auch noch mit gegenseitigen Angriffen. Nachdem Waigel dem Grünen-Sprecher „das große Versäumnis der radikaldemokratischen Kräfte der neunziger Jahre, dass sie sich gegen die Kommunisten viel zu wenig zur Wehr setzen“, vorgehalten hatte, konterte Volmer: „Das war Ihre Rote-Socken-Kampagne, Herr Waigel (...); die hat der PDS Solidarisierungsstimmen zugetrieben, Sie haben mit Ihrer Kampagne die PDS größer gemacht!“.³⁰

Obwohl den Teilnehmern der „Elefantenrunden“ in den meisten Fällen eine Genugtuung angesichts von Stimmeinbußen des politischen Gegners unterstellt werden darf, blieben Erklärungsansätze dazu ebenso rar wie im Falle von Stimmengewinnen. Wurde dennoch einmal eine Interpretation für Verluste angeboten, enthielt diese meist inhaltliche Kritik: „Ich sehe es so, dass Rot-Grün abgewählt wurde und das liegt an der ‚Agenda 2010‘ und der Hartz-IV-Gesetzgebung – das habe ich immer gesagt –, weil die so nicht akzeptiert wird“³¹, deutete etwa Bisky 2005 den Verlust der Regierungsmehrheit. Im Ausnahmefall des Wahlabends 1987 wurde auch die fehlende Geschlossenheit der Regierung verantwortlich gemacht: „Ich bedaure auch ein wenig, dass die Auseinandersetzungen in der Koalition (...) dazu geführt haben, dass unser Koalitionspartner verloren hat. Das wäre sicher nicht notwendig gewesen, wenn wir uns einiger gewesen wären“, stellte FDP-Chef Bangemann fest. Für den Moment bleibt festzuhalten, dass die politischen Akteure die Stimmenverluste anderer Parteien ausschließlich anhand endogener Faktoren zu erklären suchten.

Ganz überwiegend waren die Gäste indes damit beschäftigt, die ausgebliebene Stimmabgabe für ihre eigene Partei zu interpretieren, wobei auch hier der Wahlkampf Führung – diesmal derjenigen der politischen Kontrahenten – eine besondere Bedeutung zugemessen wurde. „Gegen die FDP ist ein Vernichtungswahlkampf geführt worden“, warf Genscher 1983 der SPD vor. Als Scharping am Wahlabend 1994 gefragt wurde, ob die PDS-tolerierte, rot-grüne Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt ein Fehler gewesen sei, machte er „eine sehr gezielte Verleumdung“ seitens der CDU für mögliche Stimmenverluste der SPD verantwortlich. Auch von Vertretern der PDS wurden wiederholt negative Auswirkungen des Wahlkampfes der etablierten Parteien zur Sprache gebracht. So verneinte der Parteivorsitzende Bisky 1994 die Frage nach einem positiven Effekt von Angriffen des politischen Gegners: „Ich fürchte nicht; ich fürchte, wir hätten sonst mehr bekommen, oder es ist ziemlich sicher“.³²

Ein – aus gutem Grund – höchst selten zu beobachtendes Phänomen ist hingegen die Kritik am Wähler selbst, der mit einer offensichtlich falschen Wahl für Stimmenverluste verantwortlich sei. Als Vertreterin des Bündnis 90 präsentierte sich Marianne Birthler in der „Bonner Runde“ 1990 betroffen: „Mich beschäftigt heute Abend vor allen Dingen die Frage, warum so sehr viele Menschen gegen ihre eigenen Interessen gewählt haben, und das ist nach meiner Auffassung der Fall“. Warum Klagen über den Wähler eigentlich nicht thematisiert werden können, zeigte die Replik des Moderators von der Tann: „Frau Birthler, wenn Sie sagen, die Menschen haben gegen ihre eigenen Interessen gewählt, in großer Zahl... also, das klingt für mich so, als seien die ein bisschen dumm. Ich meine: Wer macht das schon freiwillig?“.

Wesentlich unproblematischer in der potenziellen Wirkung und daher häufiger sind abstrakte Schuldzuweisungen an das Parteiensystem der Bundesrepublik. So relativierte der selbsternannte Wahlverlierer Lafontaine seine Kapitulation, indem er die Veränderungen der Parteienlandschaft thematisierte: „Das Ergebnis von 34 Prozent ist wirklich kein berauschendes Ergebnis, aber man darf diese Ergebnisse auch nicht mehr vergleichen mit einer Situation, in der es nur drei Parteien gab (...); wir haben eine andere Parteienlandschaft“. Trotz aller zur Schau gestellten Zufriedenheit suchte auch Kanzler Kohl am selben Abend nach Gründen für verlorene Stimmen. Es ist durchaus bemerkenswert, dass er dabei ebenfalls auf vermeintlich negative Effekte des Parteiensystems zurückgriff: „Wir haben nicht eine Situation wie Länder mit einem Zwei-Parteien-System. Die Ausschläge sind bei uns relativ gering. Es gibt eine fest gefügte Wählerschaft der Union, der FDP, der SPD, der Grünen. Das geht mal ein Stück rauf, das geht mal ein Stück runter. Aber wenn Sie die Geschichte durchgängig betrachten, haben wir alle unseren festen Anteil“.

Während seines „suboptimalen“ Auftritts in der „Berliner Runde“ 2005 machte Gerhard Schröder ein weiteres Deutungsmuster für verlorene Stimmanteile prominent. Dem Moderator Nikolaus Brender unterstellte er, auf seine Ablösung als Kanzler hinzuarbeiten, um anschließend zu bemerken, er selbst habe im Wahlkampf „zu Recht, wie ich finde“ von Medienmacht und Medienkampagne gesprochen. Mit seinem kaum verhohlenen Vorwurf an die Medien, sie wären für Stimmenverluste seiner Partei verantwortlich, etablierte der ehemalige „Medienkanzler“ (vgl. Radunski 2003: 189 sowie Meng 2002) jedoch keineswegs ein neuartiges Motiv. Bereits am Wahlabend 1987 hatte Brandt über die „die Bürger unfair beeinflussenden Meinungsmacher“ geklagt, und Ludger Volmer sah sich sogar in der Lage, medienbedingte Stimmeinbußen bei der Wahl 1994 zu quantifizieren: „Und wenn wir vielleicht einen halben [sic!] Prozent weniger bekommen haben als wir hätten können, dann durch solche Falschdarstellungen, wie Sie [Herr von der Tann] sie gerade auch gebracht haben“.³³

Neben den bisher geschilderten, in größerer Zahl aufgetretenen exogenen Deutungsmustern lässt sich in den „Bonner/Berliner Runden“ eine ganze Reihe singulärer Erklärungsansätze für Stimmenverluste nachweisen. So präsentierte Guido Westerwelle 2002 – ohne den Namen auch nur zu erwähnen – Jürgen Möllemann als Hauptschuldigen für das deutliche Verfehlen des FDP-Wahlziels³⁴, Angela Merkel machte 2005 eine diffuse Wählerangst vor der Großen Koalition für das schwache Abschneiden der Volksparteien mitverantwortlich und Oskar Lafontaine verwies 1990 auf eine „Ausnahmewahl“.

Ogleich die politischen Akteure bestrebt waren, Stimmeinbußen ganz überwiegend auf externe Einflüsse zurückzuführen, gestanden sie in seltenen Fällen auch eigene Versäumnisse und Fehler ein. Ihre strukturelle Schwäche in Ostdeutschland thematisierten die Vertreter der Bündnisgrünen: „Wir haben aus dieser organisatorischen Schwäche heraus nie so etwas werden können wie eine richtig starke Partei. Deswegen haben wir flächendeckend im Osten Probleme“, räumte etwa Trittin 1998 ein.³⁵ Auch der Wahlkampf Führung der eigenen Partei wurden bisweilen negative Effekte zugestanden, wie Volmer 1994 demonstrierte: „Dass wir im Osten im Moment nicht so stark sind, wie wir es uns wünschen würden, hängt vielleicht damit zusammen, dass wir diese sozialen Elemente, das Thema: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Wohnungsnot nicht genügend konturiert haben“.³⁶

Während die Übernahme politischer Verantwortung ein häufig anzutreffendes Motiv darstellt, blieben Eingeständnisse persönlicher Mitschuld am Wahlergebnis rare Ausnahmen. Nach der Wahl 1990 antwortete Lafontaine unerwartet offen auf die Frage nach den Erwartungen der Wähler: „Es kann sein, dass ich persönlich sie kurzfristig nicht erfüllt habe“. Allerdings nahm er kurz darauf seine Partei mit in die Verantwortung: „Im Übrigen stehe ich nicht für mich allein, sondern es gibt da noch eine ganze Menge Sozialdemokraten, die mit dabei waren, als wir diese Wahl bestanden haben und bestritten haben“.³⁷ Einen Grenzfall zwischen endogenen und exogenen Ursacheninterpretationen stellt hingegen die wechselseitige Schuldzuweisung zwischen den Koalitionspartnern dar, wie sie zur Zeit der schwarz-gelben Koalition und insbesondere am Wahlabend 1987 zu beobachten war. Dieses Phänomen wird unter 3. noch näher zu beleuchten sein.

2. Die Urnen zu – und alle Fragen offen? Die politischen Folgen der Wahl

Wenn der Souverän am Wahltag über die Machtverteilung in der nächsten Legislaturperiode entscheidet, können sich die Diskussionsteilnehmer der „Bonner/Berliner Runden“ nicht auf eine Erklärung des Resultats beschränken. Aus diesem Grund bildeten die (macht-) politischen Folgen der Wahl eine weitere thematische Säule der „Elefantenrunden“ – wenn auch unter verschiedenen Vorzeichen und mit jeweils unterschiedlicher Gewichtung.

Wer regiert? – Die öffentliche Erörterung der Machtfrage

Als mit großem Abstand wichtigste Konsequenzen jeder Bundestagswahl gelten die Bestimmung der künftigen Regierungskoalition und die Entscheidung über den neuen Kanzler. Für eine detaillierte Untersuchung empfiehlt sich eine Einteilung in eindeutige

Wahlausgänge und solche mit knappem oder unklarem Ergebnis, wobei letztere aufgrund ihrer teilweise großen Komplexität separat betrachtet werden müssen.

Obgleich der Souverän im politischen System der Bundesrepublik seine Regierung nicht unmittelbar bestimmt, waren die künftige Regierungskoalition und der designierte Kanzler zwischen 1980 und 1990 bereits am Wahlabend evident. Aufgrund eindeutiger Wahlergebnisse und bereits im Wahlkampf getroffener Aussagen zur Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit ließen die jeweiligen Koalitionsparteien in den „Bonner/Berliner Runden“ dann auch keinen Zweifel am Fortbestand der Regierung aufkommen. Als typisches Beispiel hierfür kann die Aussage des FDP-Vorsitzenden Bangemann von 1987 gelten: „Wir verstehen das natürlich als Auftrag, denn wir haben ja im Wahlkampf deutlich gesagt: Wir wollen die Koalition fortsetzen – das werden wir jetzt tun können; die Mehrheit dazu ist vorhanden“. Häufiger wurde im genannten Zeitraum auch ein hinreichender Mandatsvorsprung von Vertretern der Koalitionsparteien thematisiert, um ihre politische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. So äußerte etwa Brandt 1980: „Der Abstand im Bundestag beträgt etwa 40 Mandate; das ist das, was man in anderen Ländern dann eine bequeme Mehrheit (...) nennen würde“.³⁸ Trotz klarer Koalitionsaussagen der FDP führten die Repräsentanten von CDU und CSU in den „Bonner Runden“ der Jahre 1983 und 1987 die (Un-) Möglichkeit von Regierungsmehrheiten gegen die Union an, so etwa Strauß 1983: „Weder die Sozialdemokraten und Grüne haben eine Mehrheit zusammen, noch Sozialdemokraten und FDP, die geplatzte Koalition (...) hätte eine Mehrheit entgegen dem Ergebnis von 1969, und die drei gegen uns ist sowieso undenkbar“. Eine ähnliche Schlussfolgerung zog Kohl nach der Wahl 1987: „Eine Mehrheit gegen die Union ist im neuen Bundestag nur möglich, wenn FDP, Grüne und SPD zusammenstimmen. Das ist auch eine ganz wichtige Feststellung“. Aus beiden Äußerungen war noch deutlich die latente Befürchtung herauszuhören, die FDP könnte nach 1982 einen erneuten Koalitionsbruch erwägen. Nach acht Jahren gemeinsamer Regierungspolitik war das Vertrauen gegenüber der FDP soweit gewachsen, dass die Unionsvertreter am Wahlabend 1990 alternative Koalitionsoptionen der FDP nicht mehr thematisierten.

Für die Vertreter der zukünftigen Oppositionsparteien war die Benennung der präsumtiven Regierung bzw. ihrer eigenen Rolle ein wiederkehrendes Motiv, das etwa bei den Auftritten Strauß' 1980³⁹ oder Brandts 1983⁴⁰ erkennbar wurde. Die Gratulation Lafontaines am Wahlabend 1990 stellte allerdings eine bemerkenswerte Ausnahme in allen untersuchten „Bonner/Berliner Runden“ dar: „Ich gratuliere der Koalition, dass sie die Wahl gewonnen hat, Herrn Dr. Kohl, Graf Lambsdorff; das gehört bei mir zum fairen Verständnis demokratischer Auseinandersetzung“. Insgesamt kann für die Jahre 1980 bis 1990 eine äußerst geringe Thematisierung der zukünftigen Regierungskoalition und des designierten Kanzlers konstatiert werden. Die Erörterung der Koalitions- bzw.

Kanzlerfrage war vor dem Hintergrund klarer Koalitionsaussagen mit dem Bekanntwerden der eindeutigen Wahlergebnisse de facto abgeschlossen.

Deutlich komplizierter war die Antwortsuche auf die Frage „wer regiert?“ in den Jahren 1994 bis 2005, waren doch die Wahlausgänge knapp oder sogar völlig unklar. Betrachtet man das Ergebnis von 1994, gestaltete sich eine Antwort auf die Frage „Wer regiert?“ scheinbar wesentlich schwieriger als in den Jahren zuvor. Der Stimmenvorsprung der Regierung war auf etwa 0,2 Prozent vor den Oppositionsparteien (einschließlich der PDS) zusammengeschmolzen, sodass am Wahlabend von einer knappen schwarz-gelben Mehrheit von vier Mandaten ausgegangen wurde. Letztlich wurde eine Regierungsmehrheit erst durch zwölf Überhangmandate der Union sichergestellt (vgl. Niclaß 2004: 278). Allerdings ließen sowohl Kohl als auch Kinkel keinerlei Zweifel am Fortbestand der Regierung aufkommen. Der Kanzler gab zu verstehen, die Koalition werde „diese Mehrheit ohne weiteres für praktische Arbeit verwenden“, während der FDP-Vorsitzende sogar eine „klare Fortsetzung der Koalition“ propagierte. Mit seiner Aussage „Immerhin: Mehrheiten sind Mehrheiten“ präsentierte der CSU-Vorsitzende Waigel in Anlehnung an Adenauer schließlich ein Deutungsmuster, das in den folgenden „Bonner/Berliner Runden“ von verschiedener Seite wieder aufgegriffen werden sollte. Dieser demonstrativen Zuversicht hatte auch der SPD-Kandidat Scharping kaum etwas entgegenzusetzen, als er lediglich am Rande auf einen noch möglichen Verlust der schwarz-gelben Mehrheit hinwies. Es ist durchaus bemerkenswert, dass eine mögliche Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten in einer Großen Koalition von Scharping nicht einmal ansatzweise thematisiert wurde.

Am Abend der Bundestagswahlen 1994 hatten die Schwierigkeiten begonnen, aus den Hochrechnungen des Wahlergebnisses unmittelbar eine Regierungskoalition abzuleiten. Mit der folgenden Parlamentswahl entwickelte sich diese Ungewissheit zum Trend, sodass verstärkt die Koalitions- und die Kanzlerfrage erörtert wurden. In der „Bonner Runde“ 1998 stand der Verlust der schwarz-gelben Regierungsmehrheit definitiv fest, außerdem wurde von einer knappen Mehrheit für Rot-Grün ausgegangen, wie auch der zukünftige Altkanzler Kohl konstatierte: „Nach den jetzt vorliegenden Zahlen, hat Rot-Grün eine Mehrheit“. Gleichzeitig sprachen sich die Vertreter der Unionsparteien deutlich gegen eine rechnerisch mögliche Große Koalition aus: „Ich bin definitiv der Meinung: Wir machen mit der SPD keine Große Koalition, wo wir Juniorpartner sind“, legte sich etwa Waigel fest.⁴¹ Dennoch war die Koalitionsfrage am Wahlabend zumindest offiziell keineswegs geklärt: Zum einen hätte die SPD letztendlich rechnerisch mit jeder anderen im Bundestag vertretenen Partei koalieren können. Zum anderen hatten sowohl SPD als auch Bündnis 90/Die Grünen eine offizielle Koalitionsaussage im Wahlkampf vermieden.⁴² Sowohl Lafontaine als auch Trittin

waren darum bemüht, diese Linie am Wahlabend beizubehalten. Der äußerst selbstsicher auftretende SPD-Vorsitzende wich Fragen nach einem favorisierten Koalitionsgesprächspartner wiederholt und stereotyp aus, etwa: „Wir werden morgen in Ruhe das erörtern und Sie können jetzt heute Abend keine Festlegung von mir...“. Einen ähnlich niedrigen Informationswert enthielt die Antwort Trittins auf die Frage, ob die Grünen von der SPD eine bevorzugte Einladung zu Koalitionsverhandlungen beanspruchten: „Man wird das ganze sondieren müssen und danach werden alle für sich die Entscheidung zu treffen haben, mit wem sie darüber verhandeln, ob eine Regierungsmehrheit gebildet wird“.

Bei genauerem Zuhören zeichnete sich jedoch die bevorstehende rot-grüne Koalition bereits in der „Bonner Runde“ vernehmlich ab. So deutete der Grünen-Sprecher das Wahlergebnis als den „politische(n) Wunsch der Wählerinnen und Wähler (...), die jetzt regierende Koalition tatsächlich aus dem Amte zu entfernen, das heißt sie auch komplett abzulösen“.⁴³ Trittin ließ seinen unbedingten Willen zur Regierungsbildung erkennen, als er – nach einer nötigen Mandatsmehrheit für Rot-Grün gefragt – auf das Grundgesetz verwies, „...das sagt: Gewählt ist zum Kanzler, wer mit der Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewählt wurde“. Mit seinem Hinweis „Sie haben ja doch gerade gehört, dass die Grünen lieb zu uns sein wollen“, stellte auch Lafontaine zumindest indirekt Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen in Aussicht.

Einer noch unklarerer politischen Situation sahen sich die Gesprächsteilnehmer der „Berliner Runde“ nach der Bundestagswahl 2002 gegenüber, sodass sich der Wahlabend zu „eine(m) der aufregendsten in der Geschichte der Bundesrepublik“ (Poguntke 2003: 103) entwickelte. Moderator von der Tann fasste die Ausgangssituation vor dem Diskussionsbeginn zusammen: „Wir haben ein Patt, und das ermöglicht einen bunten Strauß von Regierungen. Denkbar ist Schwarz-Gelb, denkbar ist Rot-Grün, denkbar ist eine Große Koalition, denkbar ist eine Ampel; denkbar wäre auch Rot-Grün, eventuell mit Unterstützung der zwei versprengten PDS-Abgeordneten; und schließlich – mit sehr viel Fantasie – wäre auch Schwarz-Grün denkbar“. Im Laufe des Rundengesprächs kristallisierten sich aber schnell zwei vorstellbare Koalitionsoptionen heraus, die vor dem Hintergrund unterschiedlicher Hochrechnungsergebnisse der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender transparent werden: „Während das Erste über Stunden fälschlich Edmund Stoiber zum neuen Kanzler erklärte, ging das ZDF von einem Fortbestand der Rot/Grünen Regierung aus“ (Bild + Funk 2005: 38). SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten im Wahlkampf für eine Fortführung ihrer Regierung geworben, und auch am Wahlabend waren sich die Koalitionspartner einig, ihre Zusammenarbeit unbedingt fortsetzen zu wollen: „Es gibt die Chancen Rot-Grün fortzusetzen. Wenn diese Möglichkeit rechnerisch vorhanden ist,

werden wir sie nutzen“, stellte Schröder in Aussicht, während er jedoch eine von der PDS tolerierte Minderheitsregierung kategorisch ausschloss. Das mittlerweile etablierte Deutungsmuster „Mehrheit ist Mehrheit“ wurde auch vom Grünen-Vorsitzenden Kuhn sinngemäß wieder aufgegriffen, als er eine Fortsetzung der Koalition ankündigte, „so knapp die Mehrheiten auch sein mögen“. Mit seinem festen Glauben, „dass wir heute Abend, je später die Stunde ist, auch die Nase vorne haben werden“, zeigte sich Kuhn demonstrativ siegesgewiss.

In ähnlich optimistischer Weise gingen jedoch auch die Vertreter der Unionsparteien von einer eigenen Mehrheit aus, wie beispielsweise die Reformpläne Stoibers illustrieren: „Wir müssen eine Reihe von Reformen anpacken, die nicht angepackt worden sind“. Als quasi natürlichen Koalitionspartner präsentierten die Unionsvertreter die FDP. So ließ insbesondere Merkel keinen Zweifel an der Existenz eines schwarz-gelben politischen Lagers: „Heute Abend stelle ich mir erstmal vor, dass wir eine Mehrheit zusammen mit den Liberalen finden können“.⁴⁴ Die Sicherheit, mit der die Unionsvertreter von einer Zusammenarbeit mit der FDP ausgingen, verwundert auf den ersten Blick, war doch eine Koalitionsaussage der FDP zugunsten der Union unterblieben. Zwar hatten die Liberalen im Wahlkampf einer Ampel-Koalition eine definitive Absage erteilt, sich eine Beteiligung sowohl an einer sozialdemokratisch als auch an einer unionsgeführten Regierung aber ausdrücklich offen gehalten.⁴⁵ Nach dem deutlichen Zurückbleiben der FDP hinter Bündnis 90/Die Grünen war eine sozialliberale Regierung allerdings undenkbar geworden, wie auch FDP-Kanzlerkandidat Westerwelle indirekt einräumte, als er sich als einzig verbliebene Option auf eine konservativ-liberale Koalition festlegte: „Wenn es eine Mehrheit geben sollte für Schwarz-Gelb, dann werden wir natürlich miteinander reden“. Von den Koalitionsmodellen, die Moderator von der Tann zu Beginn der „Berliner Runde“ ins Gespräch eingeführt hatte, wurden somit – unter konsequenter Missachtung einer möglichen Großen Koalition – lediglich Schwarz-Gelb und Rot-Grün als denkbare Alternativen dargestellt, wobei jedes politische Lager die eigene Mehrheit als wahrscheinlichstes Ergebnis präsentierte.

Vor der Bundestagswahl 2005 war die Ausgangssituation hinsichtlich der Koalitionsaussagen spiegelverkehrt zu 2002, worauf Jesse und Schubert hinweisen: „Die SPD bekundete, ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf zu ziehen. (...) Auch die Grünen gingen auf Distanz zur SPD. Die Union strebte eine Koalition mit der FDP an. Diese traf im Gegensatz zur Bundestagswahl 2002 eine klare Koalitionsaussage zu Gunsten der Union“ (Jesse und Schubert 2006: o.S.). Als am Wahlabend beide politischen „Lager“ keine Mehrheit hatten, kommentierte Moderator Brender – in Anlehnung an Reich-Ranicki bzw. Brecht – die Lage: „Die Urnen zu – und alle Fragen offen“. Was sich daraufhin entspann, war eine kontroverse Erörterung der Machtfrage,

die sämtliche Redebeiträge in der „Berliner Runde“ dominierte, und sowohl die künftige Regierungskoalition als auch das Amt des Bundeskanzlers betraf. Da der FDP-Vorsitzende Westerwelle eine Ampelkoalition wiederholt ausschloss,⁴⁶ und Neuwahlen entweder abgelehnt oder gar nicht erst thematisiert wurden,⁴⁷ schränkte sich die Auseinandersetzung um mögliche Regierungsbündnisse in der Folge weitgehend auf die Alternativen „Jamaika-Koalition“ und Große Koalition ein. Dabei brachte neben PDS-Chef Bisky⁴⁸ auch der bündnisgrüne Spitzenkandidat Fischer mehrfach und ungefragt ein schwarz-rotes Bündnis ins Spiel: „...da haben wir jetzt Große Koalition als eine Option, die immer geht, wenn die beiden Großen sich einigen“. Die Schwierigkeiten einer „Jamaika-Koalition“ wurden von Fischer ebenso dargestellt wie von Stoiber, der sich ein solches Bündnis „nur sehr, sehr schwer als eine Notsituation vorstellen“ wollte. Nach den Äußerungen Westerwelles, Fischers und Stoibers, hätte eine Große Koalition am Wahlabend von den Kanzlerkandidaten der Volksparteien durchaus als (wahrscheinlichste) Lösung thematisiert werden können, dennoch beschäftigten sich weder Merkel noch Schröder mit dieser Variante, sondern hielten sich demonstrativ alle Koalitionsoptionen offen: „Wir werden nicht mit der Linkspartei sprechen, aber sonst mit allen anderen“, kündigte Merkel an, während Schröder indirekt sogar die Absage Westerwelles an eine Ampelkoalition anzweifelte.⁴⁹

Wie schon in der „Berliner Runde“ drei Jahre zuvor war nicht nur die Koalitionsfrage unklar. Am Wahlabend 2005 stand jedoch in sehr viel stärkerem Maße der persönliche Kampf ums Kanzleramt im Fokus der Diskussion. Sowohl Merkel als auch Schröder ließen ihren unbedingten Führungsanspruch erkennen. Die CDU-Vorsitzende leitete diesen aus der Fraktionsgröße der Unionsparteien ab,⁵⁰ um sich schließlich auch explizit des mittlerweile rituellen Deutungsmusters „Mehrheit ist Mehrheit“ zu bedienen. Da ihrem unmittelbaren Konkurrenten ums Kanzleramt dieses „Totschlagargument“ nicht zur Verfügung stand, begründete Schröder seinen Anspruch auf die Regierungsführung mit einem völlig neuartigen Deutungsmuster: dem unterstellten „Vergleich der handelnden Personen“: „Die Deutschen haben doch in der Kandidatenfrage eindeutig votiert“, war sich der Kanzler sicher. Eine Große Koalition unter Führung Merkels schloss Schröder definitiv aus,⁵¹ wobei allerdings nicht nur am Wahlabend unklar blieb, woraus Schröder seine Überzeugung gewann, „dass niemand außer mir in der Lage ist, eine stabile Regierung zu stellen... niemand außer mir!“.

Im Gegensatz zum amtierenden Bundeskanzler erhielt die CDU-Vorsitzende in der „Berliner Runde“ von mehreren Seiten Zuspruch, wobei der FDP-Vorsitzende einen Kanzlerwechsel klar favorisierte: „...also wird Frau Merkel zu Gesprächen auch einladen; das ist jedenfalls aus unserer Sicht richtig“. Auffällig war die Unterstützung Stoibers in der Diskussion. Infolge der Schröderschen Angriffe wies er den Führungsanspruch explizit der Unionskandidatin zu: „...damit ist natürlich nach den

demokratischen Gepflogenheiten der Regierungsauftrag bei Frau Merkel“.⁵² Stoibers spontaner Beistand für die CDU-Kandidatin in der „Berliner Runde“ trotz miserablen Wahlergebnis stärkte die Position Merkels entscheidend. Retrospektiv muss die sich anschließende wochenlange Spekulation um Koalitionen und den nächsten Kanzler verwundern, kündigten sich doch sowohl eine Große Koalition, als auch eine Kanzlerschaft Merkel bereits in der „Elefantenrunde“ deutlich an.

Die Machtverteilung innerhalb der designierten Regierung

Mit Ausnahme des Wahlabends 2005 stand die Kanzlerfrage zwischen den präsumtiven Koalitionspartnern nie zur Diskussion. An ihrer Stelle wurde aber bisweilen die innerkoalitionäre Machtverteilung hinsichtlich der Sach- und Ressortfragen thematisiert, allerdings nur, wenn die Teilnehmer der „Bonner/Berliner Runden“ auch eine Regierungsbeteiligung ihrer Partei als wahrscheinlich präsentierten. Dabei machten vor allem die kleineren Koalitionspartner nach Wahlerfolgen ihre Ansprüche auf ein verstärktes inhaltliches Gewicht deutlich. So forderte der FDP-Vorsitzende Bangemann nach der deutlichen Verbesserung seiner Partei in der „Bonner Runde“ 1987 selbstbewusst: „Wir möchten aber, dass in der Koalition die Politik, die die FDP vertreten hat (...) mit einer gestärkten FDP durchgesetzt werden kann“. Angesprochen auf die Wahlkampfthemen der Partei sendete er ein deutliches Signal an die Unionsparteien: „...es ist uns – wie auch mit unseren anderen Forderungen – ernst damit gewesen, und ich glaube, unser Koalitionspartner hat das auch richtig verstanden“.⁵³ Als zur Zeit der christlich-liberalen Koalition zwei kleinere Parteien in der Regierung vertreten waren, wurde auch deren relatives Stärkeverhältnis thematisiert. Während Strauß seine Forderungen nach dem Abrutschen des FDP-Anteils 1983 noch zurückhaltend formulierte,⁵⁴ wurde Waigel 1994 deutlicher: „Aber wir gehen in der Tat morgen und übermorgen gestärkt nach Bonn, denn wir sind ja die zweitstärkste Koalitionspartei“.

Betrachtet man die Machtverteilung innerhalb der designierten Regierung, ist neben dem sachpolitischen Einfluss vor allem die Vergabe der Ministerien von Interesse. Während kleinere Koalitionsparteien aus Stimmengewinnen vergleichsweise häufig inhaltliche Forderungen ableiteten, mag es auf den ersten Blick erstaunen, dass sie sich mit öffentlichen Ressortforderungen am Wahlabend stets zurückhielten. So wies FDP-Chef Genscher einen möglichen Zuwachs an Ministerposten in der „Bonner Runde“ 1980 entschieden von sich: „Wollen wir nicht“.⁵⁵ Neben möglichen parteiinternen Erklärungsfaktoren⁵⁶ sind als Ursache für die scheinbare Indifferenz in Ressortfragen insbesondere verhandlungstaktische Motive denkbar. Im wochenlangen Prozess der Regierungsbildung bilden die zu vergebenen Ressorts gemeinsam mit den Politikinhalt die Verhandlungsmasse. Eine zu frühe Festlegung auf eine Anzahl von

Ministerien oder die Beanspruchung konkreter Ressorts würde die taktischen Möglichkeiten im Rahmen der Koalitionsverhandlungen unnötig einschränken.

Noch mehr als für eine kleine Regierungspartei gilt die demonstrative Zurückhaltung in Ressortfragen für den designierten Bundeskanzler selbst, geradezu exemplarisch vorgeführt von Helmut Kohl vor seinen letzten beiden Regierungsbildungen. Zwar stellte er in der „Bonner Runde“ 1990 in Aussicht, das Kabinett umbauen zu wollen, war sich aber des geringen Neuigkeitswerts seiner Aussage durchaus bewusst: „Natürlich bleibt nicht alles beim Alten; das ist doch ganz normal nach einer so wichtigen Wahl“. Gleichzeitig wehrte sich Kohl gegen jede Festlegung auf eine Ressortverteilung: „Das wäre doch völlig abwegig, wenn ich heute Abend mich zu Personen äußern würde, oder zu den eben gestellten Fragen nach der Proportion der Koalitionspartner“. Den Grund hierfür lieferte der Kanzler am Wahlabend 1994: „Ich lasse mir da überhaupt jetzt keine Einschränkungen öffentlich vorschreiben“. Eine zu früh getroffene, öffentliche Festlegung in Ressortfragen würde den künftigen Regierungschef in seinem Verhandlungsspielraum stark limitieren. Dass dieser sein konstitutionell garantiertes Machtinstrument der Organisationsgewalt so leichtfertig aus den Händen gibt, ist kaum vorstellbar.⁵⁷

Durch ihre häufig parallele Thematisierung ist die hier aus Gründen der Übersichtlichkeit vorgenommene Unterscheidung von Ressortverteilung und konkreter personeller Besetzung nicht immer trennscharf. Dies verdeutlicht eine Beobachtung aus der „Bonner Runde“ 1998, die zugleich einen guten Einblick in das Koalitionsverständnis der späteren Regierungsparteien ermöglicht: „Wenn die SPD das Vorschlagsrecht für ein Ressort hat, reden wir da nicht rein; wenn wir das Vorschlagsrecht für ein Ressort haben, erwarten wir auch, dass uns da nicht reingeredet wird“, ließ Trittin verlauten, worauf ihm Lafontaine beipflichtete: „Das ist die Spielregel, und wir pflegen uns an Spielregeln zu halten“. Während die Verteilung der Ministerien einen Gegenstand der Koalitionsverhandlungen darstellte, sollten die konkreten Personalentscheidungen also jeweils eigenständig von SPD und Bündnis 90/Die Grünen getroffen werden. Tatsächlich stellt dieses Verfahren in der bundesdeutschen Geschichte keinesfalls eine einmalige Ausnahme, sondern den Regelfall dar (vgl. Wewer 1990: 147).

Viel reden, wenig sagen? – Antworten auf Personalfragen

Einen auffällig großen Raum in den Diskussionen des Wahlabends beanspruchten Fragen und Antworten zu Personalfragen. In einer personalisierten Mediengesellschaft mag dies keineswegs verwundern. Dennoch ist die enorme Aufmerksamkeit, die dem Thema „Personen“ von Moderatorensseite gewidmet wurde, aufgrund des geringen

Informationsgehalts der Antworten erstaunlich. Typische Aussagen lassen sich bei Helmut Kohl finden, etwa in der „Bonner Runde“ 1990: „...wir werden über all diese Fragen in aller Ruhe reden. Wir würden doch den Wählerauftrag nun wirklich verspielen und das Vertrauen, wenn wir jetzt heute Abend in kleinlicher Weise anfangen würden, Personalkarusselle so und so zu entwickeln. Dass Ihre Frage kommen muss, ist klar; dass unsere Antwort so ist, ist auch klar. Wir können uns die Zeit sparen“.⁵⁸

Viele Beispiele für ritualisierte und standardisierte Antworten auf Personalfragen ließen sich hinzufügen, wobei stereotype Satzbausteine mit großer Häufigkeit auftraten, darunter beispielsweise „Ruhe bewahren“, „erst Sach-, dann Personalfragen“ oder Äußerungen mit dem bereits beschriebenen Leerformelmuster: „Das erwartet der Wähler von uns“.⁵⁹ In einem Fall führte die Moderatorenfrage nach persönlichen Ambitionen in der künftigen Regierung sogar zu Verbalinjurien vonseiten des Gastes, nämlich 1987 bei Strauß, der Moderator Schulze attackierte: „Mein Güte, schminken Sie sich doch den Bart ab! Diese dumme Frage sollten Sie nicht stellen, Herr Schulze! Das ist ja beinahe unwürdig angesichts der Probleme, um die es geht“. Dennoch scheint die Frage hier eher Anlass als Grund der cholерischen Reaktion des Ministerpräsidenten gewesen zu sein.⁶⁰ Wesentlich diplomatischer im Auftritt, aber ähnlich bedeckt in der Sache gab sich der als möglicher Bundeswirtschaftsminister gehandelte CSU-Vorsitzende Stoiber am Wahlabend 2005, als er sich zu seinen persönlichen Ambitionen äußerte: „Ich habe immer gesagt, dass ich bereit bin, auch Verantwortung in Berlin zu tragen... Auch mit dem [Herv. d. Verf.] Ergebnis“. Dabei vermied Stoiber eine konkrete Absichtsbekundung mit dem Verweis auf die offene Koalitionsfrage und die Notwendigkeit eines adäquaten Ressortzuschnitts.

Vor dem Hintergrund von lediglich zwei konkreten, namentlichen Festlegungen auf Ressortleiter in acht „Bonner/Berliner Runden“ wird die von Vorsicht geprägte Ausführung Stoibers verständlich. Am Wahlabend 1987 äußerte sich der FDP-Vorsitzende Bangemann eindeutig, als er wiederholt nach einem auch zukünftigen Außenminister Genscher gefragt wurde: „Über die Selbstverständlichkeiten rede ich nicht mehr“. In der „Elefantenrunde“ 1994 schließlich lehnte sich auch Kohl, gefragt nach der erneuten Besetzung des Finanzressorts mit dem nicht unumstrittenen Waigel, relativ weit aus dem Fenster: „Wenn es mir nach geht: ja“. Die namentliche Festlegung auf einen Minister am Wahlabend ist somit ein durchaus seltenes Phänomen, was als eine Folge der bereits geschilderten, verhandlungstaktischen Motiven zu begreifen ist. Umso mehr stellt eine eindeutige Absichtsbekundung in der „Bonner/Berliner Runde“ ein starkes Signal an den oder die Koalitionspartner dar, in diesem zentralen Punkt nicht mehr verhandlungsbereit zu sein: Sowohl Genscher als auch Waigel waren im neuen Kabinett wieder vertreten.

Neben der Besetzung der höchsten Regierungsämter waren weitere personelle Aspekte immer wieder Gegenstand der „Bonner/Berliner Runden“. Themenschwerpunkte bildeten hierbei mögliche Ankündigungen personeller Konsequenzen nach Wahlniederlagen, die Festlegung auf zukünftige Partei-, Fraktions- und Oppositionsführer sowie die Frage nach dem nächsten Kanzlerkandidaten. Als ein typisches, wiederkehrendes Darstellungsmuster in den „Bonner/Berliner Runden“ hat sich die Übernahme von politischer Verantwortung infolge besonders schwerer Niederlagen ausgeprägt. So formulierte Lafontaine 1990 „Ich stehe für dieses Ergebnis“, und Schröder stellte 2002 fest: „Natürlich ist es meine Verantwortung als Parteivorsitzender, wenn meine Partei nicht so gut abgeschnitten hat, wie ich mir das vorgestellt habe. Von dieser Verantwortung will ich nicht das Geringste abstreichen“. Auch Kanzler Kohl übernahm am Wahlabend 1998 „für die Wahlniederlage die Verantwortung“. Er war allerdings der einzige Gesprächsteilnehmer in 25 Jahren, der aus seiner politischen Verantwortung unmittelbar persönliche Konsequenzen ableitete, indem er seinen Rücktritt vom Parteivorsitz ankündigte: „Deswegen werde ich morgen dem Parteivorstand sagen, (...) dass ich für die Wahl des Parteivorsitzenden nicht wieder zur Verfügung stehe“.

Gesprächsstoff einiger weiterer „Elefantenrunden“ war der zukünftige Parteivorsitz. In den Jahren 1980 und 1983 stand eine Ablösung von Parteivorsitzenden nicht zur Debatte, und auch nach den unklaren Wahlausgängen 2002 und 2005 wurden andere Themen in den Mittelpunkt gerückt. Dagegen wurde in den „Elefantenrunden“ 1987 und 1990 der jeweils sich abzeichnende Wechsel im SPD-Parteivorsitz von den Moderatoren thematisiert, allerdings ohne jeden Erfolg. Brandt erklärte 1987, die Frage stehe zu jenem Zeitpunkt noch nicht an, während Lafontaine 1990 auf die parteiinterne Entscheidungsfindung verwies: „Sie wollen jetzt auf die Personalentscheidungen; da muss ich auch sagen: Bei uns gibt es so ein ungeschriebenes Gesetz: Wir reden zuerst mal miteinander, ehe wir jetzt hier im Fernsehen irgendwelche Dinge festklopfen“. Nach dem klaren Scheitern der PDS bei der Wahl 2002 wich auch die PDS-Vorsitzende Zimmer in der „Bonner Runde“ der Frage nach ihrer politischen Zukunft aus.⁶¹ Gleichzeitig kündigte Zimmer aber ihre erneute Kandidatur an: „Ich stehe auf jeden Fall für die Position zur Verfügung“. Ohne eine monokausale Rückführung auf ihre Aussage in der „Berliner Runde“ anzustreben, kann der PDS-Vorsitzenden hinsichtlich ihrer beabsichtigten Wiederwahl nachträglich Erfolg beschieden werden: Trotz innerparteilicher Zerwürfnisse wurde sie am 12./13. Oktober auf dem PDS-Parteitag in Gera mit einem „totalen Sieg der Parteivorsitzenden“ (Alexander und König 2002: 1) im Amt bestätigt. Für einen am Wahltag in Bedrängnis geratenen Politiker kann sich also eine möglichst frühe Positionierung im Hinblick auf zu vergebene (Partei-) Ämter durchaus positiv auswirken und ihm als ein machttaktisches Instrument dienen.⁶²

Unter diesem Aspekt muss auch die gelegentlich am Wahlabend erfolgte Präsentation des Oppositionsführers im neu gewählten Bundestag betrachtet werden. In den Jahren 1980, 1987, 1990 und 1998 stellte sich die Frage aufgrund langjähriger Fraktionsführer der präsidenten großen Oppositionspartei oder vorheriger Absichtserklärungen möglicher Kandidaten nicht, und 2002 sowie 2005 wurde die Oppositionsführung aufgrund des unsicheren Wahlausgangs nicht thematisiert. Anders jedoch verfuhr Willy Brandt in der „Bonner Runde“ 1983, als er den sieglosen Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel als sicheren Anwärter für den vakanten SPD-Fraktionsvorsitz präsentierte: „Und dies ist ja auch der Grund, weshalb das Präsidium der SPD heute Abend gesagt hat, es bittet Hans-Jochen Vogel, sich zur Verfügung zu stellen, um am Dienstag zum Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im neuen Bundestag gewählt zu werden“. Hinter der raschen Festlegung Brandts ist das deutliche Bemühen zu erkennen, nach der schweren Wahlniederlage der SPD Personalspekulationen und innerparteiliche Machtkämpfe zu verhindern. Ähnlich wie Brandt 1983 ging SPD-Chef Scharping 1994 vor, als er in der „Bonner Runde“ seinen Anspruch auf den Fraktionsvorsitz deutlich machte: „Ich werde für dieses Amt kandidieren und ich gehe mal davon aus: Ich werde der Einzige sein, der das tut“. Letztlich präjudizierte in beiden geschilderten Fällen die Willensbekundung des Parteivorsitzenden in der „Elefantenrunde“ die spätere Entscheidung der Fraktion.

Während in der bundesdeutschen Geschichte jeder amtierende Bundeskanzler gleichzeitig auch zum Spitzenkandidaten seiner Partei nominiert wurde, war die Kandidatenaufstellung bei der jeweils größten Oppositionspartei uneinheitlich geregelt. Die Frage nach dem nächsten Kanzlerkandidaten der Opposition wurde daher vereinzelt auch am Wahlabend aufgeworfen, wenn auch ohne jedes Ergebnis. Nach seinem Scheitern bei der Wahl 1980 stellte etwa Strauß fest: „Ich habe meine Kandidatur – wie Helmut Kohl genau weiß – nie anders aufgefasst als auf den 5. Oktober dieses Jahres bezogen“. Sinngemäß äußerte sich Brandt 1987: „Das hat es auch noch nie gegeben; auch ich war ja mehrfach Kanzlerkandidat. Das bestimmt man von Wahl zu Wahl. Das steht jetzt nicht an“.

3. Strategen am Wahlabend – Positionsbestimmung und Parteitaktik

Deutungen zum Wahlergebnis sowie zu seinen unmittelbaren politischen Folgen bildeten einen Großteil der Aussagen in den „Bonner/Berliner Runden“. Andererseits bietet sich den Strategen am Wahlabend regelmäßig die exklusive Chance, vor einem mindestens zwölf Millionen zählenden Publikum ihre Partei (oder Koalition) für die nächsten Jahre und Wahlen in Position zu bringen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Alle Parteien im Aufwärtstrend?

Im Hinblick auf mindestens 17 bundespolitisch relevante Wahlen binnen fünf Jahren zeigten Politiker am Wahlabend das deutliche Bemühen, die Fortsetzung eines längerfristigen Aufwärtstrends ihrer Partei als wahrscheinlich darzustellen. „Wir gehen in die nächsten Landtagswahlen gestärkt“⁶³, schloss etwa der FDP-Vorsitzende Bangemann 1987 aus dem Wahlergebnis. Dabei spielte es kaum eine Rolle, ob die entsprechende Bundtagswahl erfolgreich verlaufen war. Nach der Niederlage von 1980 gab sich etwa Strauß optimistisch: „Wir sind seit Monaten im Aufstieg, (...) für mich ist wichtig: Wie läuft der Trend? Und der Trend läuft ohne Zweifel in Richtung CDU/CSU“. Parallel zu einem propagierten Aufwärtstrend für die eigene Partei wurden dem politischen Gegner bisweilen schlechte Aussichten bescheinigt: „Und ich würde mich gar nicht wundern, wenn dieser 25. Januar ein Datum wäre, von dem ab es mit der Union, Herr Bundeskanzler, nicht mehr nach oben, sondern nach unten ginge“, orakelte Brandt in der „Bonner Runde“ 1987. Es ist bemerkenswert, dass in sämtlichen untersuchten „Bonner/Berliner Runden“ nicht ein einziges Mal eine negative Tendenz der eigenen Partei eingestanden wurde. Inwieweit derartige Deutungen den Tatsachen entsprachen, war dabei für den Zuschauer nur schwer überprüfbar. Darstellungen eines Positivtrends schienen somit vom Bemühen getragen zu sein, eine gewisse Eigendynamik in der öffentlichen Meinung zu erzeugen und eine reale Aufwärtsentwicklung „herbeizureden“. Überdies richteten sich derartige Deutungsmuster auch an die eigene Partei. Gerade im Hinblick auf bevorstehende Wahlen kam es darauf an, eine positive Grundstimmung zu erhalten bzw. zu erzeugen und auf diese Weise auch die innerparteiliche Geschlossenheit zu fördern.

Geschlossenheit des eigenen politischen Lagers

Nach der Bundestagswahl 2005 diagnostizierte Richard Meng im Rahmen eines Politikerinterviews für die Frankfurter Rundschau den „Trend der Nachwahl-Tage: auf Geschlossenheit komm(t) es nun an“ (Meng 2005: 4). Auch aus vielen Aussagen in den untersuchten „Bonner/Berliner Runden“ war das strategische Bemühen um die Geschlossenheit des eigenen politischen Lagers deutlich herauszuhören, wobei unter „politischem Lager“ die Organisationseinheiten Partei, Fraktion und Regierungskoalition sowie die Wählerschaft zu verstehen sind. Ein rituelles Motiv der Politikvermittlung am Wahlabend stellte der Dank an die Wähler dar,⁶⁴ zumal „Politische Kommunikation (...) nicht nur auf die Mobilisierung der Wähler im Wahlkampf, sondern auf Zustimmung und Unterstützung von Wählerschaft und Medienöffentlichkeit zu jeder Zeit [zielt]“ (Weidenfeld 2001: 6). So lobte Westerwelle 2005: „Ich bedanke mich sehr herzlich dafür, dass wir eines der besten Wahlergebnisse der FDP mit dieser klaren Aussage bekommen konnten, seitdem es die FDP gibt bei

Parlamentswahlen in Deutschland“.⁶⁵ Obwohl der Dank an die Wähler prinzipiell als parteiübergreifendes Motiv aufzufassen ist,⁶⁶ trat er gehäuft bei den Freien Demokraten auf, denen aufgrund ihres geringen Stammwähleranteils (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1980: 38) besonders an einer langfristigen Wählerbindung gelegen sein musste.

Im Gegensatz zum Wählerdank wurde der Dank an die Wahlkämpfer in erster Linie von Vertretern der beiden Volksparteien formuliert, die über mächtige Parteiorganisationen verfügen. Für die SPD bedankte sich 1980 Willy Brandt „bei all denen, die so viel getan haben, den Helfern und den Kandidaten, ihren Frauen – es durften auch Frauen kandidieren –, ihren Männern, die sich gegenseitig geholfen haben“.⁶⁷ Mit besonderer Emphase und Ausführlichkeit wandte sich der „integrale Parteipolitiker“ (Nielaß 2004: 296) Helmut Kohl bei all seinen sechs Auftritten in der „Bonner Runde“ an seine Partei: „Ich will dennoch ein Wort des Dankes sagen. Ich weiß dass Sie das nicht so gerne haben, aber wenn Sie wochenlang über die Straßen und Plätze getrabt sind – das gilt für uns alle übrigens hier –, dann ist das auch eine Stunde, in der man den Freunden, auf deren Schultern man steht, die die Arbeit gemacht haben – schon gar in diesem schwierigen Winterwahlkampf, ein herzliches Wort des Dankes sagt, ...unseren Wählern, unseren Mitarbeitern, unseren Hauptamtlichen, allen, die mitgewirkt haben“. Aufgrund der stereotypen Redundanz Kohlscher Lobesreden mag dieses ein Beispiel vom Wahlabend 1983 hier genügen.⁶⁸

Jenseits ritueller Danksagungen an die Wahlkämpfer wurde in vielen Äußerungen das Bestreben erkennbar, bestehende Differenzen in Parteiführung und -basis herunterzuspielen. Am Wahlabend 1998 präsentierte Waigel sein politisches Verhältnis zu Stoiber ebenso als Erfolgsgarant⁶⁹ wie Lafontaine seine Übereinstimmung mit Schröder: „Die Grundlage unseres Wahlerfolges ist die große Stabilität der Partei in den letzten Jahren. Das sieht Gerhard Schröder genauso, wie ich es sehe, und an unserer Zusammenarbeit wird sich nichts ändern“. Im Regelfall propagierten die politische Akteure Geschlossenheit nicht nur innerhalb der eigenen Partei, sondern auch in der Fraktions- bzw. Koalitionsgemeinschaft. Gerade infolge einschneidender Ereignisse mit Spaltungspotenzial demonstrierten die Schwesterparteien CDU und CSU ihre Einigkeit. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 plädierte Waigel ebenso für die „Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU/CSU“ wie es Strauß 18 Jahre zuvor vor dem Hintergrund des „Kreuther Trennungsbeschlusses“ von 1976 getan hatte. Als weiteres Beispiel kann die demonstrative Einigkeit Merkels und Stoibers nach der Wahl 2002 angeführt werden, nachdem die „K-Frage“ lange Zeit strittig gewesen war.⁷⁰

Ungeachtet innerkoalitionärer Schwierigkeiten stellten die politischen Akteure häufig die interne Stabilität der Regierung heraus. Obwohl er seinen Koalitionspartner ein Jahr zuvor nur noch mit der Vertrauensfrage hatte disziplinieren können, wiegelte Schröder

2002 ab: „Insofern haben wir uns da immer noch zusammengerauft“, und Grünen-Sprecher Kuhn schwärmte: „In den vier Jahren ist ja auch viel rot-grüne Gemeinsamkeit gewachsen, und das werden wir fortsetzen“. Welch hohen Grad an Ritualität und gleichzeitig geringe Aussagekraft derartige Darstellungsmuster besitzen, wird retrospektiv anhand der Aussage Genschers in der „Bonner Runde“ 1980 evident. Auf die Frage, ob die sozialliberale Koalition bis 1984 fortgesetzt würde, versicherte der FDP-Vorsitzende explizit: „Ja, ich sagte es“. Als erfahrener Stratege wies Strauß in derselben „Bonner Runde“ nicht nur auf die ideologischen Differenzen der Regierungsparteien hin,⁷¹ sondern forderte die FDP sogar implizit zum Koalitionsbruch auf: „Jetzt werden Sie [Herr Genscher] beweisen müssen, wohin die Reise geht, und wir werden Ihnen helfen oder Ihnen... oder Ihnen uns in den Weg stellen“. Keine zwei Jahre später schied die FDP aus der Koalition aus. Die Ankündigung Strauß' vom Wahlabend 1983, dass „die FDP an unserer Seite stehen wird“, erhärtet nochmals den Verdacht, wonach die Geschlossenheit der Koalition in erster Linie zu Zeiten thematisiert wurde, in denen sich ihr die politischen Akteure keineswegs sicher sein konnten.

Wiederholt wurde bereits auf den Sonderfall der „Bonner Runde“ 1987 hingewiesen, als koalitionsinterne Differenzen offen zu Tage traten. Mit kaum verhüllten Vorwürfen wiesen sich Kohl und Strauß gegenseitig die Schuld am schwachen Wahlergebnis zu. So war Kohls Vermutung, voreilige Siegesgewissheit habe der Union geschadet, eindeutig auf den bayerischen Ministerpräsidenten gemünzt. Als Strauß verspätet aus München zugeschaltet wurde, echauffierte er sich zunächst über eine Unionspolitik, die „griffiger, profilierter, aussagekräftiger werden muss“, um anschließend zu lamentieren: „Wir haben in der Landtagswahl gelitten unter mangelnder Zustimmung zu Bonn und jetzt in der Bundestagswahl gelitten darunter, dass wir als Bundespartei, die wir ja mit bundesweiter Ausstrahlung sind, für gewisse... ja, darf ich sagen: Ungereimtheiten der Bonner Politik haftbar gemacht werden“. Neben seinen Attacken auf Helmut Kohl⁷² wandte sich Strauß auch gegen den Koalitionspartner FDP, dem er im Hinblick auf die Sicherheitspolitik vorwarf: „Und wir haben ja konkrete Vorschläge! Die sind ja bisher immer von der FDP kaputtgemacht worden!“. Auf diese Weise lieferte die „Elefantenrunde“ 1987 zwar einen tiefen Einblick in das Politik- und Koalitionsverständnis Strauß' und die Differenzen in der schwarz-gelben Koalition. Dennoch kann von einer Einzelbeobachtung ausgegangen werden, da die Präsentation von innerparteilicher und innerkoalitionärer Geschlossenheit ein regelmäßig anzutreffendes Darstellungsmuster des Wahlabends bildete.

„Eine Aufgabe, die wir angehen wollen“ – Die Demonstration von Tatkraft

Nachdem sich in der Bevölkerung die tiefe Überzeugung festgesetzt hat, während des Wahlkampfes würde die Sachpolitik ruhen,⁷³ gaben sich die politischen Akteure am Wahlabend demonstrativ tatkräftig und zupackend. So zeigte sich etwa Strauß nach der Bestätigung der Koalition durch den Wähler 1983 energisch: „Das [Wahlergebnis] gibt uns die Legitimation, (...) nun in die Zukunft hineinzugehen und ohne Blick zurück, weder mit Zorn, noch mit Befriedigung oder Triumph einfach das anzupacken, was die Bürger von uns erwarten“. Auch Lafontaine bewies in der „Bonner Runde“ 1998 Entschlossenheit, als er einige konkrete außenpolitische Fragestellungen aufwarf und ankündigte: „...da werden wir jetzt rangehen, um Verbesserungen zu erreichen – schrittweise. Das ist eine Aufgabe, die reizt und die wir angehen wollen“.

Neben der designierten Regierung präsentierte sich aber auch die künftige Opposition tatkräftig. So sprach sich etwa Scharping in der „Bonner Runde“ 1994 dafür aus, „mal ein paar Sätze über die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes [zu] verlieren, und wie wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen oder bezahlbare Wohnungen schaffen. Ich glaube, (...) das ist doch viel wichtiger als dieses Geplänkel, das keinen Menschen mehr interessiert – die Bundestagswahl ist insoweit vorbei“. Nach beinahe 30-jähriger Regierungsbeteiligung seiner Partei zeigte sich der FDP-Vorsitzende Gerhardt 1998 sogar voller Vorfreude auf die Oppositionsrolle: „Das macht mir ausgesprochen Freude. Ich möchte jetzt das Gegenüber kennen lernen“. Darüber hinaus wurde oftmals auch das oppositionelle Selbstverständnis thematisiert. Dabei zeigten sich die Vertreter der Volksparteien stets bemüht, sowohl dem kooperativen als auch dem kompetitiven Element sprachlich gerecht zu werden. Waigel stellte etwa 1998 fest, man werde „konsequent und konstruktiv die Opposition beschreiten“.⁷⁴ Da das Oppositionsverständnis der Grünen bzw. Bündnis 90/Die Grünen und der PDS an anderer Stelle zu analysieren ist, bleibt hier noch ein Blick auf den Bundesrat als potenzielles Machtinstrument der Opposition. Im Falle divergenter Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat thematisierten die Oppositionsvertreter durchaus das Machtpotenzial dieser Konstellation, wenn sie auch das konfliktive Element zu verschleiern wussten. So kündigte etwa Scharping 1994 seine Absicht an, „eine enge Koordination der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und der sozialdemokratischen Bundesratsmehrheit zu erreichen. Ich bin da auch sehr optimistisch, wohl wissend, dass man Länder nicht immer auf ein parteipolitisches Interesse verpflichten darf – das sollte man gar nicht als Ziel (...) Ich glaube, das werden wir sehr gut hinbekommen, denn davon hängt ja auch die Stärke unserer Position in den nächsten vier Jahren ab. Warum sollten wir das verschenken?“⁷⁵ Die regelmäßige Demonstration von Tat- und Initiativkraft wurde allerdings eher selten mit programmatischen oder konkreten inhaltlichen Aspekten unterfüttert.

Programmatik und Politikinhalt

Programmatische Aspekte und konkrete Politikinhalt spielten im Untersuchungszeitraum eine unterschiedliche Rolle. So wurden derartige Themen in den „Bonner Runden“ 1980 und 2005 gänzlich vernachlässigt. Vertreter der amtierenden Regierungsparteien beschäftigten sich grundsätzlich kaum mit Einzelentscheidungen aus der vergangenen Legislaturperiode, sondern verwiesen häufig pauschal auf erzielte Erfolge. So lobte Kohl 1994 die eigene Wohnungsbaupolitik und Strauß 1983 das vorläufige Regierungsprogramm, „das auch schon erhebliche Erfolge gebracht hat“. Einzig Schröder setzte sich am Wahlabend 2005 mit konkreten politischen Entscheidungen auseinander, als er sowohl sein tatkräftiges Handeln während der „Elbflut“ herausstellte, als auch seine Haltung zum Irak-Krieg verteidigte.⁷⁶ Parallel dazu verwiesen die Vertreter der Oppositionsparteien regelmäßig auf Fehler und Versäumnisse der amtierenden Regierung, wobei eine solch detaillierte Behandlung, wie sie Stoiber 2005 der Schröderschen Irak-Politik zukommen ließ, absolut unüblich war. In den anderen Fällen inhaltlicher Kritik warfen die Oppositionsvertreter der Regierung meist stark verkürzt die Fehlentwicklungen vergangener Jahre vor: „Es handelt sich ja bei Arbeitslosigkeit, auch bei Armut in einem Land von lauter Wohlstand, bei einer hochgerüsteten Armee und bei verstopften Straßen, nicht um ein Schicksal, sondern um ein Ergebnis ganz konkreter Politik“, erklärte Birthler am Wahlabend 1990 für das Bündnis 90. Obgleich die demokratische Legitimation der Regierung freilich stets über alle Zweifel erhaben war, konnte in den kritischen Darstellungen der Oppositionspolitiker immer wieder das Bemühen erkannt werden, der alten (und neuen) Regierung den Anschein einer zumindest moralischen Unrechtmäßigkeit anzuheften. Umgekehrt zeigten sich Koalitionsvertreter bestrebt, sich durch Rechtfertigung oder Lob vergangener Entscheidungen zusätzliche Legitimation zu verleihen.

Obwohl sich die politischen Akteure häufig tatkräftig und initiativ gaben, tauchten konkrete Gesetzesvorhaben nur in seltenen Fällen auf. So sprach sich etwa Kohl 1983 für ein Vermummungsverbot für Demonstranten aus und Lafontaine kündigte 1998 an: „Wir haben eine ganze Reihe von Programmpunkten angesprochen, die bekannt sind: die Lohnfortzahlung, das Schlechtwetter-Geld, die Rente, den Kündigungsschutz, die 620-Mark-Arbeitsverhältnisse...“.⁷⁷ Davon abgesehen blieb die große Zahl der inhaltlichen Absichtserklärungen sehr unspezifisch, wie die Ankündigung Kohls von 1994 veranschaulicht: „Wir werden den wirtschaftlichen Aufschwung weiter vorantreiben (...)“.⁷⁸ Konkrete Politikinhalt blieben also weitgehend außen vor. Große programmatische Fragen wurden ebenfalls nur am Rande touchiert und waren wegen ihrer großen Allgemeingültigkeit wenig kontrovers. Eine Ausnahme bildeten allerdings

lange Zeit die (pseudo-) ideologischen Auseinandersetzungen um die Rolle der Grünen und der PDS, worauf unter anderem im Folgenden einzugehen ist.

Kontinuität und Wandel – Parteispezifische Darstellungsmuster

Während sämtliche bisher ausgearbeitete Darstellungsmuster grundsätzlich für die Repräsentanten aller sechs Parteien galten, gibt es darüber hinaus einige parteispezifische Charakteristika. Als ein typisches Darstellungsmuster der Vertreter von CDU und CSU erwiesen sich die Attacken auf die PDS, die aufgrund des wachsenden bundespolitischen Gewichts der Partei insbesondere in den neunziger Jahren forciert wurden. 1994 titulierte Waigel den PDS-Vorsitzenden Bisky 1994 als „Kommunisten“ und „Altkommunisten“ – aus seinem Munde nur als Beleidigung aufzufassen – um ihn anschließend auf eine Stufe mit den Republikanern zu stellen. Vor dem Hintergrund der PDS-tolerierten Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt rief Waigel 1994 zum Widerstand gegen die PDS auf: „...nur, wenn alle demokratischen Parteien die PDS konsequent bekämpfen, werden wir auch radikale Parteien aus dem Bundestag und aus den Landtagen heraushalten können“.⁷⁹ Parallel dazu erklärten die Repräsentanten der Unionsparteien die PDS zum potenziellen Mehrheitsbeschaffer für die Sozialdemokraten auch auf Bundesebene. „Ich bin dezidiert der Meinung: Gerhard Schröder hat eine Mehrheit im Bundestag; er wird gewählt von der SPD, er wird gewählt von den Grünen und er wird gewählt von der PDS“, vermutete Waigel 1998. Nach dem unklaren Wahlausgang 2005 war es schließlich Merkel, die sich demonstrativ unsicher über eine mögliche rot-rote Zusammenarbeit zeigte.⁸⁰ Dabei wurde das Bemühen der konservativen Kräfte deutlich, die SPD durch ihre unterstellte Nähe zur PDS für gemäßigte Wähler zu diskreditieren.

Während sich die zunehmende Tolerierung der PDS bei den Unionsvertretern allein auf die Unterlassung von Beschimpfungen beschränkte, ist im Verhältnis zu den Grünen ein wesentlich tiefer greifender Wandel auszumachen. Als die Grünen 1983 erstmals in den Bundestag einzogen, warnte Kohl in der „Bonner Runde“ vor einer „anderen Republik“ und warf der Partei implizit sogar vor, nicht dem Verfassungsbogen anzugehören: „Der Verfassungsstaat des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland hat natürlich heute wiederum eine riesige Mehrheit erhalten; das steht außer Frage“. Bereits 1994 bezeichnete es hingegen Waigel als „das große Versäumnis der radikaldemokratischen Kräfte der neunziger Jahre, dass sie sich gegen die Kommunisten viel zu wenig zur Wehr setzen, und dass sie von ihnen aus einem Teil der Landtage hinausgeworfen worden sind“. Den völligen Wandel des Verhältnisses machte Stoiber am Wahlabend 2005 evident, als er sich eine Regierungskoalition unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen immerhin „sehr, sehr schwer als eine Notsituation“ vorstellen konnte.

Neben diesen gemeinsamen Darstellungsmuster beider Unionsparteien versuchten die CSU-Vertreter regelmäßig, der parteispezifischen „institutionellen und politischen Doppelrolle als autonomer Landespartei mit besonderem Bundes-Charakter“ (Mintzel 1998: 92) gerecht zu werden. Aus dieser Grundvoraussetzung ergab sich für die Parteivorsitzenden die Möglichkeit, zwischen einer „Insider-Strategie“ und einer „Outsider-Strategie“ hinsichtlich ihrer Schwesterpartei zu wechseln.

In einem Nachtrag zur Darstellung der Wahlergebnisse muss auf die regelmäßige Hervorhebung des CSU-Landesergebnisses durch die Parteivorsitzenden hingewiesen werden. Als typisch hierfür kann die Aussage Stoibers aus dem Jahr 2005 angesehen werden: „...was die CSU anbelangt, dann liegen wir um die 50 Prozent und liegen damit natürlich über dem Gesamtergebnis der Union weiterhin um 15 Prozent und bringen natürlich einen erheblichen Anteil für die Stabilität der Union insgesamt“.⁸¹ Den Vorteil der Insider-/Outsider-Option demonstrierten CSU-Vertreter zu allen Zeiten. Während Strauß 1987 die „Ungereimtheiten der Bonner Politik“ und Stoiber 2005 den bundespolitischen Trend⁸² für Stimmenverluste der CSU verantwortlich machte, führte Waigel 1990 eine klare Differenzierung der Schwesterparteien durch: „Und die CDU bringt ihr Ergebnis – mit über 40 Prozent – nur zustande, weil die CSU über 50 Prozent liegt“.

Jenseits der opportunen Abgrenzung von der Schwesterpartei CDU war insbesondere Waigel darum bemüht, auf humorvolle Art die regionale Verwurzelung seiner Partei zu betonen. „Sie kommen auch mal wieder gerne nach München“, bot Waigel den Moderatoren 1990 als Alternative zu seiner persönlichen Teilnahme an der „Bonner Runde“ an. Dabei ließ er bisweilen sogar ein wenig bayerisches Lokalkolorit in die Diskussion einfließen. Nachdem sich Kohl und Scharping am Wahlabend 1994 jovial darauf verständigt hatten, gemeinsam ein Glas Wein zu trinken, forderte Waigel energisch: „Ich lege größten Wert darauf, dass auch ein Weißbier hier und da dabei ist!“ Einzig der mögliche neue Bundeskanzler Edmund Stoiber enthielt sich am Wahlabend 2002 jeder partei- oder regionalbezogenen Darstellung. Es war das einzige Mal in 25 Jahren, dass jeder bayerische (Polit-) Patriotismus hinter den persönlichen Ambitionen eines CSU-Vorsitzenden zurückstehen musste.

Mit ihrem in den „Elefantenrunden“ zum Ausdruck gebrachten Verhältnis zur PDS hob sich die SPD hingegen deutlich von den Unionsparteien ab. Eine parlamentarische Abhängigkeit einer SPD-Bundesregierung von der PDS wurde zwar stets mit Nachdruck abgelehnt.⁸³ Dennoch mühte sich insbesondere Lafontaine darum, Kooperationen mit der SED-Nachfolgepartei auf Landesebene zu legitimieren. So prangerte er 1998 an, „dass immer gesagt wird: In Landkreisen können CDU und PDS miteinander engstens zusammenarbeiten, in Städten engstens zusammenarbeiten – auch

die FDP –, aber im Land geht das nicht: Dieses Theater ist zu Ende“. Dabei setzte der SPD-Vorsitzende nicht nur mehrfach die Zusammenarbeit auf kommunaler und auf Landesebene gleich,⁸⁴ sondern forderte die PDS sogar implizit auf, sich zu einer auch im Bund koalitionsfähigen Partei zu entwickeln: „Es muss einmal möglich sein, dass die PDS sich einfach mal aus dieser reinen Protesthaltung herausbewegt“.

Als einzige der kleineren Parteien ist die FDP seit 1949 ständig im Bundestag repräsentiert. Gleichwohl sah sie sich einer latenten existenziellen Bedrohung ausgesetzt. Trotz zweistelligem Wahlergebnis im Jahr 1980 schätzte die Forschungsgruppe Wahlen die Situation der Partei kritisch ein: „Die FDP ist eine Partei mit einem sehr niedrigen Anteil an Stammwählern. Weniger als die Hälfte der FDP-Wähler entscheiden [sic!] sich immer für diese Partei oder haben eine längerfristige Bindung an sie. Dies ist für die Liberalen Gefahr und Chance zugleich. Gefahr, weil die Liberalen sich trotz ihrer gegenwärtigen Stärke an der Angstgrenze von 5 % bewegen...“ (Forschungsgruppe Wahlen 1980: 38).⁸⁵ Gleichzeitig operierte die FDP bis einschließlich 1998 in einem Spannungsfeld zwischen eigenständiger politischer Kraft und reiner „Funktionspartei“ (Michel 2005: 166) mit Korrektivfunktion innerhalb der Regierung, wovon auch die Redebeiträge in den „Bonner/Berliner Runden“ geprägt waren. Allerdings waren die Parteivertreter am Wahlabend meist bemüht, das eigene Profil der FDP zu betonen, wie es etwa Genscher 1980 tat: „Ich glaube, das Wichtigste war, dass es der FDP gelungen ist, in dieser Wahlauseinandersetzung als eine selbstständige politische Kraft ihren Weg zu gehen, aber auch mit der klaren Erklärung, dass sie die Absicht hat die Regierungskoalition fortzusetzen“. Bangemann erklärte 1987 das „dumme Gerede über die Leihstimmen“ der Union für beendet, und Gerhardt verfolgte am Wahlabend 1998 dieselbe Strategie, die FDP als von der Union unabhängige Kraft zu präsentieren: „...im Übrigen war der Wahlausgang für die FDP zwar eine Niederlage, aber zugleich war er auch ein Stück Selbstbehauptung. Wir haben uns diese Stimmenpotenziale erstritten, auch im Zweitstimmen-Wettbewerb mit der Union...“. Dass der FDP allerdings auch 1998 wieder eine enorme Unterstützung der Unionswähler zuteil wurde,⁸⁶ erwähnte Gerhardt nicht. Einzig Klaus Kinkel gestand am Wahlabend 1994 implizit die Abhängigkeit seiner Partei von der Union bei Bundestagswahlen ein.⁸⁷

In die Bundestagswahl 2002 zogen die Liberalen nach langer Zeit zum ersten Mal ohne Koalitionsaussage. Trotz des enttäuschenden Ergebnisses mühte sich der Vorsitzende Westerwelle nach Kräften, diese Taktik zu verteidigen: „[Die vergangenen Landtagswahlen sind] trotzdem ein Zeichen dafür, dass es mit der Strategie, die wir haben, mit der unabhängigen und eigenständigen Strategie sehr wohl möglich ist, auch hervorragende Wahlergebnisse zu erzielen“. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Repräsentanten der FDP aufgrund ihrer latenten parlamentarischen Bedrohung sehr

häufig die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit ihrer Partei betonten, meist unter konsequenter Vernachlässigung der enormen Unterstützung durch unionsnahe Wähler.

Betrachtet man die Auftritte der Vertreter der Grünen (Bündnis90/Die Grünen), muss der Partei eine noch dynamischere Entwicklung als der PDS konstatiert werden. So lässt sich anhand der Aussagen der Parteisprecher ein rapider Wandel des parlamentarischen Selbstverständnisses belegen. Am Wahlabend 1983 bekannte Trampert offen die Priorität außerparlamentarischer vor parlamentarischer Opposition: „... wir haben ja nie einen Hehl daraus gemacht: Gleich bei welcher Bundestagskonstellation werden wir verlängerter Arm im Parlament sein all dieser Initiativen“. Auch Lukas Beckmann sah noch 1987 im Wahlergebnis „eine Bestätigung nicht nur für die Grüne Partei, sondern für den gesamten Bereich der außerparlamentarischen Bewegung“. Dennoch brachte er der parlamentarischen Arbeit bereits eine höhere Wertschätzung entgegen,⁸⁸ was sich beim nächsten Auftritt eines grünen Politikers nochmals intensivierte: „Wir haben jetzt eine Bundestagsfraktion; die wird sich besser zur Wehr setzen können als eine außerparlamentarische Partei“, freute sich Volmer 1994. Der vollständige Wandel von der außerparlamentarischen Kraft zur etablierten, regierungsfähigen Partei kann spätestens mit dem Auftritt Trittins 1998 für abgeschlossen erklärt werden, als er die Grünen implizit als designierte Regierungspartei präsentierte.

Parallel zur steigenden Achtung parlamentarischer Arbeit wandelte sich auch der rhetorische Stil der Partei, erkennbar am Grad der zur Schau gestellten Polemik. Am Wahlabend 1983 warf Trampert den Regierungsparteien Günstlingswirtschaft wenn nicht sogar Bestechlichkeit vor,⁸⁹ und Beckmann mokierte sich 1987 über die „Ignoranz und (...) Selbstgefälligkeit“ von Kanzler Kohl. Bereits Vollmer rückte 1994 von einem radikal-oppositionellen Duktus ab, als er der schwarz-gelben Regierung nur vage „Entpolitisierung“ unterstellte. Schließlich war es in Jürgen Trittin ausgerechnet ein Vertreter des linken Parteiflügels (vgl. Bergmann 2002: 169), der sich 1998 gegenüber „Herrn Dr. Kohl, der sicherlich seine Verdienste hat“, betont konziliant gab. Der politische Anpassungsprozess der Partei ging mit einer gleichzeitigen Adaption „traditioneller“ Darstellungsmuster der „Bonner/Berliner Runden einher. So setzte sich etwa Trampert 1983 gegen einen „tiefenden Dank an die Wähler“ zur Wehr, und auch Beckmann lehnte sich 1987 – allerdings nicht ganz erfolgreich – gegen rituelle Sprachhandlungen auf: „Ich möchte an dieser Stelle nicht – wie es hier offenbar Tradition ist – den Wählerinnen und Wählern danken – das natürlich auch. Ich möchte vor allen Dingen Hölderlin danken...“. Das Bemühen um demonstrative rhetorische Unangepasstheit verflüchtigte sich zusehends, bis Trittin 1998 schließlich explizit den Wählern dankte⁹⁰, worauf er von Moderator Bresser umgehend an vergangene Wahlabende erinnert wurde: „Früher haben Sie sich über den Satz mal lustig gemacht, aber na gut“.⁹¹

Obwohl sie lediglich an fünf der untersuchten Rundengespräche teilnahm, können auch der PDS einige signifikante, sowohl inhaltliche als auch stilistische Entwicklungen nachgewiesen werden. Bereits nach der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 machte Gysi den geographischen Geltungsanspruch der PDS deutlich: „[Wir] werden die nächsten vier Jahre nutzen, um uns – ich nehme mal ein Wort, das mir eigentlich nicht gefällt – auch gesamtdeutsch zu etablieren“. Obgleich Bisky 1994 eine politische Relevanz der PDS sogar für Bayern ankündigte, blieb die PDS sowohl im Hinblick auf ihre Wahlergebnisse als auch auf die Themensetzung am Wahlabend lange Zeit dem Osten Deutschlands verhaftet. So betonte Zimmer noch 2002: „Die PDS wird gebraucht, und sie wird als Oststimme gebraucht“.⁹² Die Wahlabendrhetorik veränderte sich erst nach der Wahl 2005, als die PDS aufgrund der Listenverbindungen mit der WASG nennenswerte Erfolge auch in Westdeutschland erzielen konnte. Während Bisky das Wort „Osten“ kein einziges Mal auch nur erwähnte, betonte er wiederholt und ausführlich die Perspektiven seiner Partei in den alten Bundesländern: „Und mit diesen Alternativen, glaube ich, haben wir eine Chance zuzulegen, auch im Westen, auch im Westen – das freut mich am meisten, dass wir jetzt auch im Westen zulegen“. Auch der rasche Aufstieg der PDS von der überzeugten Oppositionspartei zur Regierungspartei auf Landesebene wird in den Auftritten Biskys in den neunziger Jahren evident. Während er am Wahlabend 1994 für Mecklenburg-Vorpommern noch angekündigt hatte „Wir wollen Opposition betreiben“⁹³, legte er sich bereits vier Jahre später nicht mehr fest: „...entweder die PDS bleibt in der Opposition, oder sie toleriert (...). Und ich bin da völlig offen“. Nur fünf Wochen später wurde die erste SPD-PDS-Landesregierung in der bundesdeutschen Geschichte vereidigt. Im Gegensatz zu einer möglichen Regierungsbeteiligung in den Ländern wurde eine rot-rote Koalition auf Bundesebene von PDS-Vertretern bisher allerdings nicht thematisiert.

Mit der tendenziellen Entwicklung der PDS von einer oppositionellen ostdeutschen Kraft zu einer gesamtdeutschen Partei mit Regierungsambitionen verliefen auch die Auftritte ihrer Repräsentanten immer weniger konfliktiv. Am Wahlabend 1990 hatte Gysi mit Kanzler Kohl noch ein hitziges Wortgefecht anlässlich unterstellter deutscher Waffenlieferungen ausgetragen, und Bisky hatte 1994 Waigel der Unehrllichkeit und der Heuchelei bezichtigt. In sämtlichen darauf folgenden „Elefantenrunden“ vermieden die PDS-Vorsitzenden aber jede Eskalation. Auf diese Weise näherte sich die PDS nicht nur inhaltlich sondern auch rhetorisch-stilistisch an die etablierten Parteien an.

V. Zusammenfassung

In den „Bonner/Berliner Runden“ am Abend der Bundestagswahlen findet regelmäßig ein Kampf statt; es ist der Kampf um politische Deutungsmacht: Jeder der

teilnehmenden Spitzenpolitiker strebt primär danach, Themen in Verbindung mit einer akzeptablen Deutung zu platzieren und sich so eine – zumindest mittelbare – Machtquelle zu erschließen, im Hinblick etwa auf anstehende Koalitionsverhandlungen, Personalentscheidungen oder auch mindestens 17 weitere bundespolitisch relevante Wahlen in den kommenden fünf Jahren. Dieser Aspekt politischer Kommunikation, also die Politikvermittlung, verstanden als mediale (Selbst-) Darstellung der politischen Akteure, ist Gegenstand der Untersuchung.

Das Thema „Politische Kommunikation am Wahlabend“ hat die Politikwissenschaft bisher vernachlässigt. Aus diesem Grund musste sich die beabsichtigte Überblicksarbeit auf die Kategorisierung der Politiker-Statements konzentrieren und der Leitfrage nachgehen: Welche Themen und Deutungsmuster präsentierten die Diskussionsteilnehmer in den „Bonner/Berliner Runden“? Grundsätzlich lassen sich drei zentrale thematische Kategorien unterscheiden, die von den politischen Akteuren aufgerufen wurden, allerdings je nach Wahlergebnis, Parteilinie oder Persönlichkeit des Akteurs mit unterschiedlicher Gewichtung. Zum einen trafen die Diskussionsgäste regelmäßig Aussagen zum Wahlergebnis selbst. Zum anderen befassten sie sich mit den politischen Folgen der Wahl. Schließlich nutzten versierte Diskutanten die „Bonner/Berliner Runden“ aber auch für parteitaktische Einlassungen und zur strategischen Positionierung des eigenen politischen Lagers.

Ein häufiges Thema war das Wahlergebnis an sich, wobei sich die Gesprächsteilnehmer sowohl mit der Bewertung der Resultate selbst als auch mit deren Ursachen befassten. Nahmen die politischen Akteure eine Einordnung des Resultats vor, war es ihnen – entgegen der pauschalen These des „Schönredens“ – bisweilen unumgänglich, ihr Wahlergebnis mit einer negativen Interpretation zu belegen. Bis auf eine Ausnahme hatten die Bewertungen allerdings stets relativen Charakter. Die politischen Akteure bedienten sich dabei eines überschaubaren Vorrats an Darstellungsmustern. Zum einen wurden prozentuale Verluste im Vergleich zur letzten Bundestagswahl eingestanden. Zum anderen wurde das Verfehlen der Regierungsbeteiligung bzw. -führung als Niederlage gedeutet. Allerdings bot eine solche Darstellung auch die Möglichkeit, die Verantwortung der eigenen Partei zu relativieren, indem die übrigen Parteien in die Ergebnisdefinition einbezogen wurden. Schließlich setzten die politischen Akteure schlechte Ergebnisse auch mit eigenen Erwartungen in Beziehung. Die Darstellung enttäuschter Hoffnungen wurde immer wieder dazu verwendet, große prozentuale Einbußen der eigenen Partei elegant zu umschreiben. Alle Parteivertreter, gleich wie schlecht das Wahlergebnis ausfiel, nahmen allerdings höchstens eine einzige negative Interpretation des eigenen Resultats vor. Dabei wählte die überwiegende Anzahl solche Darstellungsmuster, die ihre eigene Partei am wenigsten kompromittierten.

Gleichzeitig verfolgten – mit Ausnahme Kohls 1998 – alle Diskussionsteilnehmer unverkennbare Strategien zur Aufwertung ihres Ergebnisses. Dabei trat die pauschale Beanspruchung des Wahlsiegs im Gegensatz zum absoluten Eingeständnis der Niederlage wesentlich häufiger auf. Darüber hinaus wurden zur positiven Darstellung des eigenen Resultats einerseits die qualitativ gleichen Motive verwendet wie im Falle einer negativen Interpretation. Vertreter der Koalitionsparteien präsentierten die Aussicht auf Fortsetzung der Regierung als Erfolg, während Repräsentanten der bisherigen Opposition die Abwahl der Regierung als positiven Aspekt werteten. Falls möglich wurden auch prozentuale Verbesserungen im Vergleich zu vergangenen Wahlen betont. Schließlich erhöhten Gesprächsteilnehmer ihr Resultat mit dem Hinweis, dass es den eigenen Erwartungen entspreche oder diese sogar übertreffe.

Auf der anderen Seite zeigten sich die politischen Akteure einfallsreich, wenn es um die Auswahl eines geeigneten Bezugspunkts zur Aufwertung ihres Wahlergebnisses ging. Wurde die mögliche Restungenauigkeit der Hochrechnungen ins Spiel gebracht, präsentierten die Akteure stets eine Verbesserung ihres Resultats als wahrscheinlich. Auch das relative Stärkeverhältnis der Parteien im Bundestag wurde herausgestellt, wenn dies opportun erschien. Darüber hinaus versuchten die Gäste teilweise, ihrem Wahlergebnis historischen Glanz zu verleihen. Kleinere Parteien werteten bisweilen auch den Einzug in den Bundestag als Erfolg. Schließlich bedienten sich die Parteivertreter bisweilen sogar dubioser Methoden, um einem Wahlergebnis einen positiven Aspekt abringen zu können. Festzuhalten bleibt, dass positive Deutungen sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht negative Darstellungen des eigenen Resultats deutlich überwogen. Unabhängig vom Wahlergebnis waren die Parteivertreter stets bemüht, möglichst viele Aufwertungsstrategien zu verwenden.

Jenseits der Bewertung des Wahlergebnisses präsentierten die politischen Akteure regelmäßig auch Ursacheninterpretationen. Dabei wurde eine möglichst große Prägnanz und Plausibilität für das Publikum angestrebt. Erklärungen für Stimmengewinne bezogen sich meist auf die eigene Partei und waren dann – mit einer Ausnahme – stets endogener Natur. Dabei wurde dem eigenen Wahlkampf oft ein positiver Effekt unterstellt. Daneben wurde wiederholt auf das angebliche Vertrauen der Wähler und ihre Hoffnungen hingewiesen. In den wenigen Fällen, in denen Parteivertreter fremde Stimmengewinne erklärten, wurden diese stets auf exogene Einflüsse zurückgeführt, etwa auf unbeabsichtigte Wahlkampfeffekte der anderen Parteien.

Die überwiegende Zeit waren die Diskussionsteilnehmer indes mit Erklärungen für Stimmenverluste beschäftigt. Stimmeneinbußen anderer Parteien wurden ausnahmslos auf innerparteiliche Fehler und Versäumnisse zurückgeführt, etwa auf politische Einzelentscheidungen oder den programmatischen Kurs. Im ungleich häufigeren Fall

sahen sich die Parteivertreter jedoch gezwungen, eigene Stimmenverluste zu erläutern. Dabei waren Eingeständnisse eines Eigenverschuldens äußerst selten und bezogen sich in diesen Fällen auf die organisatorische Schwäche der Partei sowie auf Mängel des Wahlkampfes. Falls Politiker einmal ihre persönliche Mitverantwortung am Resultat eingestanden, wiesen sie zugleich auf Versäumnisse der gesamten Partei hin.

Waren endogene Erklärungsansätze für eigene Verluste qualitativ wie quantitativ stark beschränkt, so führten Parteivertreter eigene Stimmeinbußen auf eine Vielzahl exogener Faktoren zurück. So wurden häufig ein unsauberer Wahlkampf anderer Parteien, negative Effekte medialer Berichterstattung oder das politische System der Bundesrepublik verantwortlich gemacht. Dem Wähler die Schuld am eigenen Abschneiden zuzuweisen, war hingegen ein riskantes und daher seltenes Unterfangen.

Die zweite thematische Säule der „Bonner/Berliner Runden“ stellten die politischen Folgen der Wahl dar, wobei zwischen Ankündigungen personeller Konsequenzen, Aussagen zur innerkoalitionären Machtverteilung und der Erörterung der Koalitions- bzw. Kanzlerfrage unterschieden werden kann.

Ein häufiges Aussagemuster bildet die Übernahme politischer Verantwortung im Falle (schwerer) Niederlagen. Allerdings leitete einzig Helmut Kohl im Jahr 1998 daraus auch persönliche Konsequenzen ab. Insbesondere von Moderatorensseite wurden häufig Personalfragen thematisiert, zu denen die Politiker meist nach dem Motto „viel reden – wenig sagen“ Stellung nahmen. Dabei wichen die Gesprächsteilnehmer namentlichen Festlegungen unter Verwendung ritueller und stereotyper Sprachhandlungen regelmäßig aus. Konkrete Willensbekundungen für die Vergabe von Parteiämtern traten selten auf und wurden stets nach unbefriedigenden Wahlergebnissen formuliert. In diesen Fällen stellten sie allerdings ein so starkes Signal dar, dass ihnen die eigene Partei letztlich in allen Fällen Folge leistete. Noch häufiger verlangten die Moderatoren konkrete Festlegungen auf Ministerämter, die von den Vertretern der designierten Regierungsparteien jedoch fast nie getroffen wurden. Wenn sich diese allerdings für einen Ministerkandidaten stark machten, signalisierten sie ihren Koalitionspartnern deutlich, in diesem wesentlichen Punkt nicht mehr verhandlungsbereit zu sein: Letztlich wurde die jeweilige Forderung in den Koalitionsverhandlungen auch immer erfüllt.

Im Falle einer sich schon am Wahlabend abzeichnenden Koalition war auch die Machtverteilung innerhalb der designierten Regierung immer wieder Gegenstand der „Bonner/Berliner Runden“. Dabei stellten Vertreter der kleineren Koalitionsparteien im Falle von Stimmengewinnen wiederholt Forderungen an den Bundeskanzler, die sich allesamt auf ein größeres inhaltliches Gewicht in der Koalition bezogen. Kein einziges Mal wurde hingegen eine größere Anzahl an Ressorts verlangt, wofür in erster Linie

verhandlungstaktische Motive zu unterstellen sind. Eine zu frühe Festlegung in dieser Frage hätte die Möglichkeiten während der Koalitionsverhandlungen unnötig eingeschränkt. In noch viel stärkerem Maß galt dies indes für den designierten Kanzler. Konkrete Aussagen zu Zahl und Verteilung der Ressorts galt es zu vermeiden, stellt doch die Organisationsgewalt des Bundeskanzlers ein Machtinstrument bei der Regierungsbildung dar, dessen Bedeutung kaum zu überschätzen ist.

Die entscheidenden politischen Konsequenzen jeder Bundestagwahl, nämlich die beiden „K-Fragen“ nach der künftigen Koalition und dem designierten Kanzler, wurden in allen untersuchten „Bonner/Berliner Runden“ thematisiert, wenn auch mit völlig unterschiedlichem Gewicht. Aufgrund klarer Koalitionsaussagen und einem eindeutigen Wahlergebnis standen sowohl Regierung und Kanzler am Wahlabend der Jahre 1980 bis 1990 de facto fest. Da die Machtfrage „Wer regiert?“ keiner weiteren Erörterung bedurfte, begnügten sich die politischen Akteure mit bloßen Tatsachenfeststellungen. Infolge knapper (1994) oder hinsichtlich der Koalitionsfrage unklarer (1998, 2002, 2005) Wahlausgänge, spielten Deutungen zur designierten Regierung eine wesentlich größere Rolle in den „Elefantenrunden“. Trotz unterschiedlicher und teilweise höchst komplexer politischer Rahmenbedingungen zeigten sich in den Jahren 1994 bis 2005 einige typische Darstellungsmuster: Um ihren unbedingten Willen zur Regierungsbildung bzw. -führung zu demonstrieren, zogen die politischen Akteure mit großer Beständigkeit das Deutungsmuster „Mehrheit ist Mehrheit“ heran. Dabei wurde potenziellen Zweifeln an der Handlungsfähigkeit der Regierung von vornherein entgegengewirkt, indem einem sehr dünnen Mandatsvorsprung stets eine disziplinierende Wirkung unterstellt wurde. Einen anderen bemerkenswerten Aspekt stellt der Umgang der Volksparteien CDU, CSU und SPD mit dem Thema „Große Koalition“ dar. Obgleich diese Option an allen Wahlabenden seit 1994 durchaus im Bereich des Möglichen lag, strafte sie die Parteivertreter mit demonstrativer Missachtung oder lehnten sie kategorisch ab, was sich insbesondere auf die eigene Rolle als „Juniorpartner“ bezog.

In einigen Fällen konnten aus den „Bonner/Berliner Runden“ tatsächlich Antworten auf die Koalitions- bzw. Kanzlerfrage abgeleitet werden konnten. So sah sich der FDP-Vorsitzende Westerwelle 2002 gezwungen, sich aus einer Position der Schwäche heraus explizit auf eine christlich-liberale Koalition festzulegen. Dagegen hielt sich SPD-Chef Lafontaine 1998 in einer Situation der Stärke formal alle Optionen offen. Dennoch zeichnete sich eine rot-grüne Regierung bereits am Wahlabend deutlich ab. Ebenso wie Lafontaine 1998 wehrten sich nach der Wahl 2005 die Repräsentanten von CDU, CSU und SPD gegen jede Festlegung in der Koalitionsfrage. Ob dies aus Machtkalkül oder in völliger Verkennung der politischen Realitäten geschah, muss an dieser Stelle unbeantwortet bleiben. Es kann jedoch konstatiert werden, dass sich nach dem Prinzip

der Exklusion bereits am Wahlabend die spätere Große Koalition ankündigte. Eine Sonderrolle spielte die „Berliner Runde“ 2005 im Hinblick auf das vakante Amt des Bundeskanzlers. Infolge der harten Attacken Schröders auf die Unionskandidatin sah sich CSU-Chef Stoiber gezwungen, Merkels Anspruch auf die Regierungsführung trotz des erschütternden Wahlergebnisses explizit zu unterstützen, womit der Kampf um das Kanzleramt faktisch entschieden war.

Strategisch versierte Diskussionsteilnehmer gaben sich allerdings nicht mit einer Erklärung der Wahlergebnisse und der politischen Folgen zufrieden, sondern nutzten ihren Auftritt in den „Bonner/Berliner Runden“ zur taktischen Positionierung ihrer Partei. Dabei traten sowohl parteiübergreifende als auch parteispezifische Darstellungsmuster auf.

Getreu dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ richteten viele Akteure ihren Blick nur wenige Stunden nach dem Eintreffen der ersten Prognosen bereits auf kommende Landtags- und Bundestagswahlen. Ungeachtet der Realitäten wurde der eigenen Partei dabei regelmäßig ein Aufwärtstrend, dem politischen Gegner hingegen eine negative Tendenz bescheinigt, wobei das Bemühen deutlich wurde, eine positive Grundstimmung innerhalb der eigenen Partei wie auch in der öffentlichen Meinung zu erzeugen.

Ein noch häufiger auftretendes Darstellungsmuster bildete die Geschlossenheit des eigenen politischen Lagers. Dabei spielte der rituelle Dank an die Wähler bei Vertretern aller Parteien (mit Ausnahme der Grünen) stets eine wichtige Rolle. Eine besonders intensive Verwendung fand das Motiv jedoch bei Repräsentanten der FDP, der aufgrund ihres geringen Stammwähleranteils besonders an einer langfristigen Wählerbindung gelegen sein musste. Auf der Ebene der Parteiorganisation thematisierten die politischen Akteure, insbesondere der SPD und der CDU, regelmäßig das Engagement der Wahlkämpfer. Gleichzeitig bemühten sich alle Diskussionsteilnehmer darum, jeden Eindruck einer parteiinternen Uneinigkeit zu vermeiden und programmatische sowie persönliche Konflikte in ihrer Partei zu marginalisieren. Prinzipiell galt dies auch für das Verhältnis der Schwesterparteien CDU und CDU, die vor allem nach den Wahlniederlagen von 1980 und 1998 ihre vollkommene Einigkeit zur Schau stellten. Dass am Wahlabend 1987 die Differenzen zwischen den Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP offen zutage traten, muss wohl größtenteils mit der Persönlichkeitsstruktur des CSU-Vorsitzenden Strauß erklärt werden. Von dieser Ausnahme abgesehen waren die designierten Koalitionspartner stets darum bemüht, die Gemeinsamkeiten der Regierung zu unterstreichen. Allerdings ist festzuhalten, dass die Demonstration innerparteilicher oder innerkoalitionärer Geschlossenheit häufig als ein deutliches Anzeichen für bereits bestehende Uneinigheiten zu werten ist.

Ein weiteres Merkmal der Politikvermittlung am Wahlabend stellt die Demonstration von Tat- und Initiativkraft dar. Vor allem Mitglieder des Regierungslagers waren bestrebt, dem Zuschauer ihre Entschlossenheit zu vermitteln. Angehörige der Parlamentsminderheit thematisierten indes ihr oppositionelles Selbstverständnis, wobei die etablierten Parteien CDU, CSU, SPD und FDP typischerweise versuchten, sowohl dem kooperativen als auch dem kompetitiven Element der Oppositionsarbeit gerecht zu werden. Im Falle gegensätzlicher Mehrheiten in beiden Parlamentskammern betonten die Oppositionsvertreter durchaus auch den Bundesrat als Machtinstrument; die Absicht einer eventuellen Blockade der Regierungspolitik wurde allerdings stets geleugnet.

Programmatische Aspekte und konkrete Politikinhalte spielten lediglich eine Nebenrolle in den „Bonner/Berliner Runden“. Vertreter der Koalition beschränkten sich oft darauf, pauschal ihre Erfolge herauszustellen und sich so zusätzliche Legitimation für kommende Aufgaben zu verschaffen. Oppositionspolitiker hingegen führten Fehlentwicklungen meist stark verkürzt auf Regierungsentscheidungen zurück, um auf diese Weise die moralische Berechtigung der Regierung in Zweifel zu ziehen.

Neben diesen prinzipiell parteiübergreifenden Darstellungsmustern traten auch parteispezifische Motive zu Tage, mit denen medial geschulte Politiker den Wahlabend für die strategische Ausrichtung ihrer Partei zu nutzen versuchten. Kontrovers wurde etwa in den neunziger Jahren zwischen CDU/CSU und SPD die Rolle der PDS diskutiert. Unionsvertreter platzierten harte Attacken gegen die SED-Nachfolgepartei und versuchten, die SPD durch eine unterstellte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene zu diskreditieren. Dagegen waren sozialdemokratische Politiker zunehmend bemüht, das Verhältnis zur PDS zu relativieren und sie als Koalitionspartner auf Landesebene gesellschaftsfähig zu machen. Im Verhältnis der Unionsparteien zu den Grünen (Bündnis 90/Die Grünen) war indes ein dramatischer Sinneswandel festzustellen. Es ist erstaunlich, dass Stoiber am Wahlabend 2002 eine Koalition mit den Grünen nicht mehr prinzipiell ausschloss, nachdem Kohl noch 1987 vor dem Weg der alternativen Partei in eine „andere Republik“ gewarnt hatte.

Anhand der „Bonner/Berliner Runden“ lässt sich auch der angesprochene rasante Wandel der Grünen von einer außerparlamentarischen Kraft zur Regierungspartei auf Bundesebene belegen. Mit der steigenden Wertschätzung parlamentarischer Arbeit ging ein zunehmender Verzicht auf radikal oppositionelle Forderungen sowie polemische Äußerungen einher. Gleichzeitig adaptierten die Grünen-Vertreter zunehmend rituelle Darstellungsmuster der etablierten Parteien, etwa den Dank an die Wähler.

Eine ähnlich dynamische Entwicklung kann man anhand der Auftritte der PDS-Vorsitzenden feststellen. Bis Mitte der neunziger Jahre hatten Gysi und Bisky die PDS

als überzeugte Oppositionspartei präsentiert – verbunden mit scharfen Angriffen auf die Unionsparteien. Im Zuge der Entwicklung zur Regierungspartei auf Landesebene verschwand die rhetorische Schärfe zusehends und wurde von einem betont zurückhaltenden und konziliannten Auftreten abgelöst. Im Jahr 2005 mühte sich Bisky schließlich, den Wandel der PDS von einer regionalen Kraft zur Partei mit gesamtdeutscher Bedeutung zu verdeutlichen, indem er jegliche Akzentlegung auf den Osten vermied und stattdessen wiederholt auf den Aufwärtstrend im Westen hinwies.

Die Angst vor einer latenten Gefährdung ihrer Partei prägte das Verhalten der FDP-Vorsitzenden am Wahlabend. Auch nach guten Resultaten waren sie sich lange Zeit bewusst, dass die Wähler der FDP lediglich eine Korrektivfunktion in der Regierung zugewiesen hatten. Umso mehr zielten ihre Einlassungen darauf, jeden Eindruck einer Abhängigkeit vom großen Koalitionspartner zu vermeiden. Das Bemühen, sich als eine selbstständige politische Kraft zu positionieren, bildet bis heute das beherrschende parteitaktische Darstellungsmuster der FDP.

Im Vergleich zu allen anderen Teilnehmern der „Elefantenrunden“ hatten die CSU-Vorsitzenden den Vorteil, zwischen zwei verschiedenen strategischen Optionen wählen zu können. Der Doppelcharakter der CSU als Bundes- und Landespartei ermöglichte es ihnen, im Hinblick auf ihre Schwesterpartei CDU eine „Insider-/Outsider-Strategie“ zu verfolgen, etwa bei der Interpretation des Wahlergebnisses. Bis auf den potenziellen Bundeskanzler Stoiber waren alle CSU-Vorsitzenden darauf bedacht, sowohl die starke regionale Verwurzelung der Partei als auch den bundespolitischen Anspruch in ihren Darstellungen zu verdeutlichen.

Einige der präsentierten Themen und Darstellungsmotive weisen eine bemerkenswerte Stabilität auf, wozu beinahe uneingeschränkt die Bewertungen und Erklärungen der Wahlergebnisse zu rechnen sind. Im Hinblick auf die politischen Folgen der Wahl zeigen Aussagemuster zur Machtverteilung innerhalb der Koalition und zu personellen Konsequenzen eine starke Kontinuität. Auch die Darstellung eines Aufwärtstrends und der Geschlossenheit der eigenen Partei, die Demonstration von Tatkraft und die geringe Bedeutung der Sachthemen sind prinzipiell zeitunabhängige Motive, die daher auch in zukünftigen „Elefantenrunden“ am Wahlabend zu erwarten sind. Eine relative Beständigkeit wiesen auch die parteispezifischen Deutungsmuster der „traditionellen“ Regierungsparteien CSU, CDU, SPD und FDP auf, wohingegen bei den Grünen (Bündnis 90/Die Grünen) und der PDS ein rapider Wandel der Selbstdarstellung auffiel. Insbesondere im Falle der PDS scheint dieser noch nicht abgeschlossen zu sein. Unter anderem darüber werden kommende Wahlabende Aufschluss geben.

Literatur:

Quellen

Alexander, R./König, J. 2002. „PDS: Ein Schritt nach vorn in den Abgrund; Gabi Zimmer gewinnt. Durchmarsch der Traditionalisten. Rot-rote Koalitionen kritisiert. Reformer haben ausgespielt“. In: taz – die tageszeitung 14.10.02. 1.

ARD-Medienforschung, Angaben gegenüber dem Verfasser, E-Mail vom 4.9.07.

Bild + Funk 40 1980.

Bild + Funk 38 2002.

Bild + Funk 37 2005.

Böcking, David 2005. „'Das Wetter war schuld'. Eine Sozialpsychologin erklärt, wie und warum Politiker regelmäßig ihre Wahlniederlagen schönreden“. In: SZ 17.9.05, 16.

Dausend, Peter 2007. „Bundestagswahl 2005 – Wie ein TV-Auftritt Angela Merkel zur Kanzlerin machte“. In: Berliner Morgenpost 16.9.07. o.S. (Auch online unter <http://www.morgenpost.de/content/2007/09/16/politik/921627.html>, Download 16.10.07).

Drobinski, Matthias 2002. „Kirchen vermissen Inhalte im Wahlkampf“. In: SZ 20.9.02. 6.

Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.) 1980. Bundestagswahl 1980. Eine Analyse der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980. Reihe Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Bd. 25. Mannheim.

Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.) 1994. Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Reihe Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Bd. 76. 2. Aufl. Mannheim.

Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.) 1998. Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998. Reihe Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Bd. 91. Mannheim.

Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.) 2005. Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 18. September 2005. Vorläufige Fassung. Reihe Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Bd. 122. Mannheim.

„Genscher war unser rettender Nagel“. In: Der Spiegel 5 1987. 6-22.

Meng, Richard. „Mit der Ruhe kommt die Vernunft“. In: Frankfurter Rundschau 21.9.05. 4.

Seitz, Norbert 2006. „Wie viel Spontanität verträgt die Politik?“. In: Cicero. Magazin für politische Kultur 2 2006. o.S. (Auch online unter http://www.cicero.de/97.php?ress_id=4&item=1008, Download 16.10.07).

Statistisches Bundesamt, Ergebnisse der Bundestagswahlen, online unter <http://www.bundeswahlleiter.de>, Download 16.10.07.

„Stoiber drängt die FDP“. In: Berliner Morgenpost 1.9.02. o.S. (Auch online unter <http://www.morgenpost.de/content/2002/09/01/politik/545814.html>, Download 16.10.07).

ZDF-Medienforschung, Angaben gegenüber dem Verfasser, E-Mails vom 10./12.9.07.

Sekundärliteratur

Alemann, Ulrich v. 1991. „Politikbegriffe“. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.). Wörterbuch Staat und Politik. 4. Aufl. München, Zürich. 542-545.

Balzer, Axel/Geilich, Marvin/Shamim, Rafat (Hrsg.) 2005. Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung. Reihe Public Affairs und Politikmanagement. Bd. 3. Münster.

Bergsdorf, Wolfgang 1986. „Probleme der Regierungskommunikation“. In: communications. The European Journal of Communication 3 1986. 27-40.

Bergmann, Knut 2002. Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis. Wiesbaden.

Brettschneider, Frank 1998. „Agenda-Building“. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, Wiesbaden. 635.

Dieckmann, Walther 1981. Politische Sprache, politische Kommunikation. Vorträge, Aufsätze, Entwürfe. Reihe Sprachwissenschaftliche Studienbücher. Erste Abteilung. Heidelberg.

Gerner, Manfred 1994. Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS. München.

- Jerković, Tomas 2005. TV-Duelle 2002. Theatrale Politik in der Erlebnisgesellschaft. Berlin.
- Jesse, Eckhard/Schubert, Thomas 2006. Bundestagswahl 2005. Reihe Einsichten und Perspektiven – Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte. Themenheft 1/06. München.
- Kaase, Max 1998. „Politische Kommunikation – Politikwissenschaftliche Perspektiven“. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer Ulrich (Hrsg.). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, Wiesbaden. 97-113.
- Korte, Karl- Rudolf 2003, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Reihe Zeitbilder. Bd. 2. 4. überarb. u. akt. Aufl. Bonn.
- Leonhardt, Rudolf W. 1989. „Das Gespräch der Sprachlosen: Zur Diskussionskultur im Fernsehen“. In: Schmidt-Sinns, Dieter (Hrsg.). Politische Gesprächskultur im Fernsehen, Schriftenreihe Arbeitshilfen für politische Bildung. Bd. 271. 19-35.
- Lummer, Heinrich 1989. „Thesen zum Umgang von Journalisten und Politikern miteinander“. In: Politische Gesprächskultur im Fernsehen. Schriftenreihe Arbeitshilfen für politische Bildung, Bd. 271. 65-69.
- Marcinkowski, Frank 2001. „Politische Kommunikation und Politische Öffentlichkeit. Überlegungen zur Systematik einer politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung“. In: ders. (Hrsg.). Die Politik der Massenmedien. Köln. 237-256.
- Marcinkowski, Frank/Greger, Volker/Hüning, Wolfgang 2001. „Stabilität und Wandel der Semantik des Politischen: Theoretische Zugänge und empirische Befunde“. In: Marcinkowski, Frank (Hrsg.). Die Politik der Massenmedien. Köln. 12-114.
- Maurer, Marcus/Reinemann, Carsten 2003. Schröder gegen Stoiber. Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle. Wiesbaden.
- Meng, Richard 2002. Der Medienkanzler. Was bleibt vom System Schröder? Frankfurt a. Main.
- Meyer, Thomas 2000. Was ist Politik? Opladen.
- Michel, Marco 2005. Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949-2002. Wiesbaden.
- Mintzel, Alf 1998. Die CSU-Hegemonie in Bayern – Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer. Passau.

Niclauß, Karlheinz 2004. Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Paderborn.

Nieland, Jörg-Uwe/Tenscher, Jens 2002. „Medienwirkungen von Parteistrategien. Agenda-Building-Prozesse im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000“. In: Sarcinelli, Ulrich/Schatz, Heribert (Hrsg.). Mediendemokratie im Medienland. Inszenierungen und Themensetzungsstrategien im Spannungsfeld von Medien und Partieliten am Beispiel der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2000. Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen. Bd. 41. Opladen. 319-394.

Pfetsch, Barbara/Perc, Dejan 2004. „Die Medien als Akteure und Instrumente im politischen Prozess – Mediatisierung und Inszenierung von Politik“. In: Massing, Peter (Hrsg.). Mediendemokratie – Eine Einführung. Schwalbach. 34-49.

Poguntke, Thomas 2003. „Die Bündnisgrünen nach der Bundestagswahl 2002: Auf dem Weg zur linken Funktionspartei“. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.). Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002. Opladen. 89-107.

Radunski, Peter 2003. „Wahlkampf im Wandel. Politikvermittlung gestern – heute – morgen“. In: Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (Hrsg.). Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Baden-Baden. 183-198.

Sarcinelli, Ulrich 1997. „Von der Parteien- zur Mediendemokratie? Das Beispiel Deutschland“. In: Jarren, Otfried/Knaup, Bettina/ Schatz, Heribert (Hrsg.). Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft? Beiträge zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht. Opladen. 34-45.

Sarcinelli, Ulrich 1998. „Ritual“. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, Wiesbaden. 720.

Sarcinelli, Ulrich 2005. Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden.

Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens 2003. „Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Eine Einführung“. In: dies. (Hrsg.). Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Baden-Baden. 9-22.

Schicha, Christian/Brosda, Carsten 2002. „Interaktion von Politik, Public Relations und Journalismus“. In: Schatz, Heribert/Rössler, Patrick/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.). Politische Akteure in der Mediendemokratie. Politiker in den Fesseln der Medien? Wiesbaden. 41-64.

Schmidt, Manfred G. 2004. Wörterbuch zur Politik. 2. vollst. überarb. u. erw. Aufl. Stuttgart.

Sucharowski, Wolfgang 1985. Gesprächsforschung im Vergleich. Analysen zur Bonner Runde nach der Hessenwahl 1982. Tübingen.

Tennert, Falk/Stiehler, Hans-Jörg 2001. Interpretationsgefechte. Ursachenzuschreibungen an Wahlenden im Fernsehen. Leipzig.

Tenscher, Jens 2003. Professionalisierung der Politikvermittlung. Politikvermittlungsexperten im Spannungsfeld von Politik und Massenmedien. Wiesbaden.

Weber, Max 1987. Politik als Beruf. 7. Aufl. Berlin.

Weidenfeld, Werner 2001. „Darstellung & Entscheidung in der Mediendemokratie“. In: C.A.P. Centrum für angewandte Politikforschung (Hrsg.). Darstellung und Entscheidung in der Mediendemokratie. Kolloquium zu Gesellschaft, Politik & Kultur. Reihe Geist & Zeit. 6-9.

Wewer, Götrik 1990. „Richtlinienkompetenz und Koalitionsregierung: Wo wird die Politik definiert?“. In: ders./Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.). Regieren in der Bundesrepublik I. Konzeptionelle Grundlagen und Perspektiven der Forschung. Opladen. 145-150.

Wied, Kristina 2006. „Klassisches modern und konsequent gestaltet. Konzeption und exemplarische Ergebnisse einer Langzeitanalyse der Wahlabendsondersendungen zu Bundestagswahlen bei ARD, ZDF, RTL und Sat. 1“. In: Behmer, Markus (Hrsg.). Radiotage, Fernsehjahre. Interdisziplinäre Studien zur Rundfunkgeschichte nach 1945. Reihe Kommunikationsgeschichte, Bd. 22. Münster. 125-147.

Wied, Kristina 2007. Der Wahlabend im deutschen Fernsehen. Wandel und Stabilität der Wahlberichterstattung. Wiesbaden.

Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne/Müller-Enbergs, Helmut 1992. Bündnis 90. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven – Ein Beitrag zur Parteienforschung im vereinigten Deutschland. Berlin.

Winkler, Heinrich August 2004. „Einleitung“. In: ders. (Hrsg.). Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland. Göttingen. 7-13.

Anhang: Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteil, Mandate, Tendenzen

		1980	1983	1987	1990
CDU	Stimmen	34,2 (-3,8)	38,2 (+4,0)	34,5 (-3,7)	36,7 (+2,2)
	Mandate	174 (-16)	191 (+17)	174 (-17)	268 (+94)
CSU	Stimmen	10,3 (-0,3)	10,6 (+0,3)	9,8 (-0,8)	7,1 (-2,7)
	Mandate	52 (-1)	53 (+1)	49 (-4)	51 (+2)
SPD	Stimmen	42,9 (+0,3)	38,2 (-4,7)	37,0 (-1,2)	33,5 (-3,5)
	Mandate	218 (+4)	193 (-25)	186 (-7)	239 (+53)
FDP	Stimmen	10,6 (+2,7)	6,9 (-3,7)	9,1 (+2,2)	11,0 (+1,9)
	Mandate	53 (+14)	34 (-19)	46 (+12)	79 (+33)
B 90/Grüne *	Stimmen	1,5 (+1,5)	5,6 (+4,1)	8,3 (+2,7)	3,8 / 1,2 **
	Mandate	0 (+/-0)	27 (+27)	42 (+15)	8 (-34)
PDS	Stimmen	-	-	-	2,4 (+2,4)
	Mandate	-	-	-	17 (+17) ***

		1994	1998	2002	2005
CDU	Stimmen	34,2 (-2,5)	28,4 (-5,8)	29,5 (+1,1)	27,8 (-1,7)
	Mandate	244 (-24)	198 (-46)	190 (-8)	180 (-10)
CSU	Stimmen	7,3 (+0,2)	6,7 (-0,5)	9,0 (+2,2)	7,4 (-1,6)
	Mandate	50 (-1)	47 (-3)	58 (+11)	46 (-12)
SPD	Stimmen	36,4 (+2,9)	40,9 (+4,5)	38,5 (-2,4)	34,2 (-4,3)
	Mandate	252 (+13)	298 (+46)	251 (-47)	222 (-29)
FDP	Stimmen	6,9 (-4,1)	6,2 (-0,7)	7,4 (+1,1)	9,8 (+2,5)
	Mandate	47 (-32)	43 (-4)	47 (+4)	61 (+14)
B90/Grüne	Stimmen	7,3 (+2,3)	6,7 (-0,6)	8,6 (+1,9)	8,1 (-0,4)
	Mandate	49 (+41)	47 (-2)	55 (+8)	51 (-4)
PDS/Die Linke ****	Stimmen	4,4 (+2,0)	5,1 (+0,7)	4,0 (-1,1)	8,7 (+4,7)
	Mandate	30 (+13)	36 (+6)	2 (-34)	54 (+52)

Tabelle: eigene Darstellung; Daten: Statistisches Bundesamt, Forschungsgruppe Wahlen, Mintzel 1998: 31.

* Bis einschließlich 1987 „Die Grünen“. Für das Jahr 1990 siehe **.

** Im Jahr 1990 galten für das westliche und das östliche Wahlgebiet einmalig getrennte Fünf-Prozent-Klauseln. Während die West-Grünen mit 4,8 % knapp den Einzug in den Bundestag verpassten, gelang dies der Listenverbindung aus Ost-Grünen und Bündnis 90 mit 6,1 % (vgl. Wielgoths, Schulz und Müller-Enbergs 1992: 16).

*** Aufgrund der getrennten Fünf-Prozent-Klauseln scheiterte die PDS im Westen mit 0,3 % deutlich, wohingegen sie im Osten mit 11,1 % in den Bundestag einzog (vgl. Gerner 1994: 48)

**** Bis einschließlich 2002 „PDS“, bei der Bundestagswahl 2005 „Die Linke.“ bzw. „Die Linke.PDS“.

Endnoten:

¹ In dieser Untersuchung wird aus Gründen des Leseflusses auf die Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe bei Personengruppen (z.B. „Politiker und Politikerinnen“) verzichtet. Entsprechende Aussagen beziehen sich immer sowohl auf weibliche als auch auf männliche Akteure.

² Vgl. hierzu u.a.: Maurer, Marcus/Reinemann, Carsten 2003. Schröder gegen Stoiber. Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle. Wiesbaden; Jerković, Tomas 2005. TV-Duelle 2002. Theatrale Politik in der Erlebnisgesellschaft. Berlin; die Aufsätze von Dörner/Vogt, Kleinsteuber, Limbourg und Christiansen 2005 in: Balzer, Axel/Geilich, Marvin/Shamim, Rafat (Hrsg.). Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung. 238-266.

³ Marcinkowski nimmt eine weitere Differenzierung der öffentlichen Kommunikationsforen vor: Er unterscheidet zwischen Begegnungsöffentlichkeit, Versammlungsöffentlichkeit und Medienöffentlichkeit, wobei die „Bonner/Berliner Runden“ in ARD und ZDF der Medienöffentlichkeit zugerechnet werden müssen (vgl. Marcinkowski 2001: 246).

⁴ Noch einen Schritt weiter gehen Tennert und Stiehler, wenn sie statt einer Doppel- gar eine Mehrfachadressierung der Darstellungen erkennen: „Es sind Erklärungsangebote der Medien an politisch und interessenbezogen unterschiedlich disponierte Publika, an die eigene Partei und an den politischen Gegner“ (Tennert und Stiehler 2001: 25).

⁵ Die Vollständigkeit der Transkription bezieht sich auf das von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erworbene Fernsehmaterial. Mit einer Ausnahme sind die Quellen komplett: Die Dauer der „ZDF/ARD Bonner Runde“ von 1998 betrug 49 Minuten (Angabe der ZDF-Medienforschung gegenüber dem Autor), wohingegen das vorliegende Material der FES nach 45:57 Minuten abbricht. Somit können die letzten drei Minuten dieser Gruppendiskussion nicht in die vorliegende Untersuchung einfließen.

⁶ Sitzordnungen in den erwähnten „Bonner/Berliner Runden“ (Erstgenannte in größerer Nähe zu den Moderatoren): 1983: Brandt, Kohl, Genscher, Trampert; 1987: Kohl, Brandt, Bangemann, Beckmann; 1994: Kohl, Kinkel, Scharping, Volmer, Bisky.

⁷ 1980: rechter Hand der Moderatoren: Brandt, Genscher; linker Hand: Kohl, Strauß; 1990: rechter Hand: Kohl, Graf Lambsdorff; linker Hand: Lafontaine, Birthler, Gysi; 1998: rechter Hand: Gerhardt, Kohl; linker Hand: Lafontaine, Trittin, Bisky.

⁸ 2002: rechter Hand der Moderatoren: Stoiber, Merkel, Westerwelle; linkerhand: Schröder, Fischer, Bisky; 2005: rechterhand: Merkel, Westerwelle, Stoiber; linker Hand: Schröder, Fischer, Bisky.

⁹ Die Entscheidungshoheit der Parteien über ihren Vertreter wird kommt etwa in der Ankündigung Lafontaines durch Klaus Bresser 1998 zum Ausdruck: „...die SPD hat sich im letzten Moment entschieden, den Parteivorsitzenden zu entsenden“.

¹⁰ Durch den Begriff „Parteivorsitzende“ werden auch die Repräsentanten von Bündnis 90, von den Grünen sowie von Bündnis 90/Die Grünen erfasst, deren offizielle Bezeichnungen teilweise abwichen

¹¹ Die einsame Ausnahme bildete Strauß am Wahlabend 1980, als er sich erst mit halbstündiger Verspätung aus München in die „Bonner Runde“ zuschalten ließ.

¹² Später nannte Lafontaine das Abschneiden der SPD euphemistisch „kein berauschendes Ergebnis“.

¹³ So kommentierte Martin Schulze: „Es ist ja schön, dass hier in dieser Runde (...) auch mal jemand eine Niederlage so offen und klar zugibt, wie Herr Lafontaine das gerade gemacht hat“.

¹⁴ „Genscher war unser rettender Nagel“ 1987: 6.

¹⁵ Auch Theo Waigel gestand offen: „(...)das ist eine klare Niederlage“.

¹⁶ Ähnlich plakativ sprach 1987 FDP-Chef Bangemann von einem „Wahlerfolg, den wir errungen haben“. Auch Merkel stellte 2002 fest: „(...) denn wir sind die Sieger“.

¹⁷ Auch Helmut Kohl sparte selten mit pauschalem Lob, auch nicht 1994, obgleich er zuvor bereits Stimmenverluste eingeräumt hatte: „Jetzt haben wir erstmal die Wahl gewonnen“.

¹⁸ So stellte etwa Kohl 1987 fest: „Wir haben das erste Wahlziel uns gesteckt, die Regierung fortzusetzen; dies Ziel haben wir erreicht“. Ähnlich äußerte sich Kinkel 1994: „...zweitens: Fortsetzung der Koalition. Die beiden Ziele haben wir erreicht“.

¹⁹ Dieselbe Deutung verwendete Merkel: „Auf jeden Fall kann ich erstmal noch darauf verweisen, dass die Sozialdemokraten sehr viel stärker verloren haben gegenüber der letzten Wahl als wir“.

²⁰ Vgl. auch 2005 Joseph Fischers „Befürchtung (...), dass wir um die sechs kämpfen müssen, und da freue ich mich natürlich ganz wahnsinnig darüber, dass das nicht der Fall war“.

²¹ Auf ähnliche Weise lobte auch Kinkel 1994 das FDP-Ergebnis: „...und da waren wir ja nun auch totgesagt, nicht? Alle haben uns ja schon absolut weg- und abgeschrieben gehabt. Und deshalb werden Sie mir nicht böse sein, wenn ich sage, dass mich das Ergebnis natürlich freut“.

²² Ähnliche Aussagen finden sich auch bei Kohl 1994, Merkel 2005 und Stoiber 2005.

²³ Eine sinngemäße Deutung präsentierte Genscher 1983.

²⁴ Dasselbe Motiv verwendeten auch Volmer 1994 und Bisky 1994.

²⁵ Ihre Ablehnung einer detaillierten Ursacheninterpretation zeigten etwa Genscher 1980, Strauß 1980, Brandt 1980 und Kohl 1987.

²⁶ Einen weiteren tiefer greifenden Erklärungsansatz für Stimmengewinne lieferte Kohl 1980 sowie 1983, als er für die Union Zugewinne bei den Arbeitnehmern beanspruchte.

²⁷ „Meine Partei hat unglaublich gut gekämpft, ich habe meinen bescheidenen Beitrag dazu geleistet“.

²⁸ Ähnlich äußerte sich Kohl auch 1990.

²⁹ Wenn Biskys Erklärung 1998 auch als Angriff gedacht war, so würdigte er das PDS-Ergebnis doch unbewusst herab: „...ich zögere aber dennoch, mich bei den hier versammelten Herren zu bedanken, die der PDS soviel Aufmerksamkeit gewidmet haben, dass wir immer im Gespräch waren“.

³⁰ Die gleiche Abwertungsstrategie lässt sich auch bei Strauß und Brandt nach der Wahl 1980 erkennen, die bemüht waren, jeweils unterschiedliche exogene Ursachen für die Zuwächse der FDP herauszustellen. Strauß wies mit Blick auf das FDP-Ergebnis darauf hin, „dass die Parole ‚das Schlimmste verhindern‘, nämlich die absolute Mehrheit der SPD, in Verbindung mit der Behauptung, dass CDU/CSU die Wahlen nicht gewinnen könnten, eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat“, während Brandt die FDP-Gewinne als Folge der Kanzlerkandidatur Strauß' interpretierte.

³¹ Inhaltliche Kritik übten etwa Stoiber, der Wahl 2002 als Grund für die Einbußen der Koalition mangelndes Vertrauen in die rot-grüne Wirtschaftskompetenz auswies, oder Grünen-Sprecher Beckmann, der 1987 gegen den „Rechtsruck“ der Regierung Kohl als Ursache der Unionsverluste polemisierte.

³² Ähnlich argumentierte 2002 die Parteivorsitzende Zimmer, die beklagte, „dass in dieser Situation viele sich auch sagen: Gut, (...) was kann PDS dann konkret in einer solchen Situation bewirken, wenn andere ständig nur erklären: Mit denen wollen wir nichts zu tun haben“.

³³ Am selben Abend unterstellte auch Scharping den Medien implizit einen negativen Effekt auf das SPD-Resultat, als er anmerkte, „dass dieser Wahlkampf aus meiner Sicht unter einem gelitten hat: Sie hatten den Mut nicht, diese Runde einzuladen, die man vor der Wahl hätte machen können“.

³⁴ Möllemann hatte in Nordrhein-Westfalen kurz vor der Wahl Flugblätter verteilt, die scharfe Angriffe auf Ariel Sharon und Michel Friedman enthielten, und zu einer Antisemitismus-Debatte führten. Indem er sich am Wahlabend deutlich von Möllemann distanzierte, konnte Westerwelle dessen Verhalten als eine exogene Erklärung für FDP-Stimmenverluste präsentieren.

³⁵ Auch Volmer konzedierte am Wahlabend 1994 „das Problem (...), mit nur 3.000 Mitgliedern in die Fläche zu kommen“.

³⁶ Das gleiche Deutungsmuster findet sich bei Zimmer 2002. Nachdem sie zuerst die Wahlkampfführung der anderen Parteien für die Stimmenverluste der PDS verantwortlich gemacht hatte, musste sie auf die Frage von der Tanns („Also sind die anderen schuld?“) zugeben: „Nein, nein, ich sage überhaupt nicht, dass die anderen schuld sind, aber wir haben es nicht geschafft, (...) unsere Alternativen, unsere Vorstellungen (...) zu vermitteln“.

³⁷ Auch Scharping verknüpfte nach der Wahl 1994 eigene Fehler mit denen seiner Partei: „Natürlich haben wir Fehler gemacht, ich auch“.

³⁸ Vgl. hierzu auch die Äußerung Kohls 1987: „...die Mehrheit ist völlig ausreichend“.

³⁹ Strauß wörtlich: „Helmut Schmidt hat die Wahl qua Kanzler gewonnen“.

⁴⁰ Brandt wörtlich: „Wir nehmen die Rolle der Opposition an“.

⁴¹ Ähnliches äußerte Kohl: „Ich stehe selbst für eine Große Koalition nicht zur Verfügung“.

⁴² Bündnis 90/Die Grünen gaben zwar eine Beteiligung an einer rot-grünen Regierungskoalition als Wahlziel aus, führten aber keinen Koalitionswahlkampf. Auch die SPD hatte im Wahlkampf eine rot-grüne Koalition favorisiert, hielt sich aber explizit andere Koalitionsoptionen wie eine Große Koalition offen (vgl. Bergmann 2002: 169ff.).

⁴³ Damit lieferte Trittin eine stereotype Wiederholung seiner eigenen Aussage: „Wir erwarten, dass, wenn es die Mehrheit hergibt – und das ist die Erwartung der Wählerinnen und Wähler; die haben CDU, CSU und FDP abgewählt – dass man diesen Wählerinnen- und Wählerauftrag auch nachkommt“.

⁴⁴ Kaum zurückhaltender äußerte sich Stoiber: „Die FDP, die keine Koalitionsaussage gemacht hat... aber sie hat diese Schwerpunkte, die ich gerade genannt habe – Wirtschafts-, Steuer-, Arbeitsmarktpolitik – ebenfalls in den Mittelpunkt gerückt, und da gibt es Gemeinsamkeiten“.

⁴⁵ Vgl. „Stoiber drängt die FDP“ 2002: o.S.

⁴⁶ Westerwelle wörtlich: „Es wird keine Ampel in Deutschland geben mit den Freien Demokraten“.

⁴⁷ Einzig Fischer thematisierte mögliche Neuwahlen, distanzierte sich aber gleichzeitig scharf von dieser Option: „Wovon ich gar nichts halte, sind Überlegungen: Wir lassen so oft wählen bis dann ein Ergebnis rauskommt, das passt“.

⁴⁸ Bisky wörtlich: „Es wird zu einer Großen Koalition kommen“.

⁴⁹ Schröder wörtlich: „...hier ist doch deutlich geworden, dass die demokratischen Parteien miteinander reden können, und miteinander reden müssen. Das wird auch geschehen, unabhängig von dem was hier erklärt worden ist“.

⁵⁰ Merkel wörtlich: „Zweitens sind wir – wie die Hochrechnungen jetzt aussagen – stärkste Kraft im Deutschen Bundestag, und haben damit auch einen klaren Auftrag zur Regierungsbildung“.

⁵¹ Schröder wörtlich: „Aber sie wird keine Koalition unter ihrer Führung mit meiner sozialdemokratischen Partei hinkriegen“.

⁵² Die große Bedeutung des Auftritts Schröders für die Kanzlerfrage beschreibt Dausend: „Schröders TV-Auftritt entscheidet die Wahl. (...) Schröder hat die Union in die Solidarität mit Merkel gezwungen.“

Weniger Rotwein, weniger Testosteron, ein staatsmännischer TV-Auftritt - und ambitionierte Merkel-Widersacher in der Union hätten am Tag nach der Wahl eine Frage gestellt, die bis heute ungestellt blieb: ‚Wer ist schuld?‘“ (Dausend 2007: o.S.).

⁵³ Auf ähnliche Weise positionierte der siegesgewisse Fritz Kuhn am Wahlabend 2002 seine Partei für die Koalitionsverhandlungen: „Natürlich sind wir ein bisschen stärker geworden; das wird der neue Bundeskanzler natürlich nicht ignorieren können in den Sachgesprächen“.

⁵⁴ Strauß wörtlich: „Der Einfluss der CSU in Bonn war immer (...) ihrer Stärke angemessen und wird es auch in Zukunft sein“.

⁵⁵ Ähnlich zurückhaltend äußerten sich etwa Graf Lambsdorff 1990: „[Über die Zahl der Ministerposten] reden wir, wenn wir die Sachthemen abgehandelt haben“.

⁵⁶ „Das Verhalten des Vorsitzenden war vom Bemühen geprägt, ‚seine Partei angesichts des hervorragenden Wahlergebnisses nicht aus den Zügeln laufen zu lassen‘“ (Michel 2005: 169).

⁵⁷ Wiederholt konnte der designierte Kanzler einen erfolgreichen Abschluss von Koalitionsverhandlungen erst dadurch gewährleisten, dass er zur Befriedigung aller personellen Ansprüche eine ausreichende Zahl von Regierungsämtern schuf. Dies war etwa bei den Regierungsbildungen Adenauers 1949 (vgl. Niclaß 2004: 30) sowie Kohls 1990 (vgl. ebd.: 242f.) der Fall.

⁵⁸ Auch anderen Gesprächsteilnehmern lassen sich ähnliche Aussagen nachweisen, etwa Lafontaine 1998: „...ich werde jetzt hier nicht hingehen und irgendwelche Posten verteilen. Da muss man mal abwarten, wie die Verhandlungen sind.“.

⁵⁹ Zur Stereotypie der Satzbausteine vgl. auch Strauß 1983, Genscher 1983, Kohl 1987 und Waigel 1994.

⁶⁰ Als tiefere Ursachen müssen der Frust über ein unbefriedigendes Wahlergebnis und die enorme Anspannung der politischen Akteure am Wahlabend in Erwägung gezogen werden. Eine andere häufig, doch selten schriftlich geäußerte Ursache für den Auftritt des CSU-Vorsitzenden in der „Bonner Runde“ nennt Seitz, wenn er vom „volltrunkene(n) Strauß am Wahlabend 1987“ spricht. (Seitz 2006: o.S.).

⁶¹ Zimmer wörtlich: „Oh, ich denke, es geht nicht darum, ob ich den [Parteitag] überlebe“.

⁶² Das Paradebeispiel hierfür lieferte Adenauer bereits 1961. Auf einer Pressekonferenz am Morgen nach der Wahl präsentierte er sich der Öffentlichkeit und den überrumpelten Parteikollegen als designierter Kanzler und leitete so eine letztmalige Verlängerung seiner Kanzlerschaft ein (vgl. Niclaß 2004: 39).

⁶³ Eine ähnlich positive Entwicklung seiner Partei stellte Westerwelle am Wahlabend 2005 fest: Die FDP werde „versuchen, in den Ländern möglichst stark zu sein (...); wir sind jetzt in fünf Landesregierungen dabei, haben die Substanz der FDP bei den Wählerinnen und Wählern deutlich verbreitern können; das hat man heute an diesem Wahltag ja auch gesehen“.

⁶⁴ Am Wahlabend 1990 verwies Moderator Klaus Bresser deutlich auf die Ritualität des Wählerdanks: „Vor der ersten Frage möchte ich es mal umdrehen, damit nicht jeder Politiker gleich das Gleiche sagen muss, sage ich es: Wir alle in dieser Runde danken allen Bürgern, die heute gewählt haben“.

⁶⁵ Genscher verwendete das Motiv 1983 sogar für seine Eröffnungsbotschaft: „Ich äußere mich an diesem so wichtigen Wahlabend jetzt zum ersten Mal, und deshalb habe ich in besonderer Weise Anlass den Wählern zu danken, die uns in dieser ganz schweren Zeit ihr Vertrauen gegeben haben“.

⁶⁶ Vgl. etwa Strauß 1983: „Also, ich habe wahrlich allen Grund, den Wählern zu danken“.

⁶⁷ Ähnliche anerkennende Worte für die Wahlkämpfer in der SPD fanden Brandt 1983, Lafontaine 1990 und Schröder 2005.

⁶⁸ Besonders großen Dank zollte Kohl den Wahlkämpfern, wenn er im Amt des Bundeskanzlers am Wahlabend bestätigt worden war, also auch 1987, 1990 und 1994, während dieses Darstellungsmuster in den Jahren 1980 und vor allem 1998 schwächer ausgeprägt war.

⁶⁹ „Wir haben beide Wahlkämpfe [nämlich diejenigen der Landtags- sowie der Bundestagswahl] miteinander konzipiert, miteinander durchgefochten, mit Erfolg zu Ende gebracht“.

⁷⁰ Stoiber stellte fest, man habe „eine sehr große Geschlossenheit auch in der CDU/CSU erreicht“, während Merkel auf den Erfolg der Strategie verwies, „gerade auch innerhalb der Union (...) gemeinsam zu handeln“.

⁷¹ Strauß wörtlich: „Herr Lambsdorff ist doch da rumgegangen gegen den Gewerkschaftsstaat, gegen den SPD-Staat, gegen den Marsch in den Sozialismus“.

⁷² Vgl. „Genscher war unser rettender Nagel“ 1987: 6: „Kohl war gemeint als Franz Josef Strauß, sichtlich mitgenommen, im Fernsehen die Contenance verlor und für die CSU-Verluste (minus 4,3 Prozent) ‚die Bonner Politik‘, die ‚Bonner Ungereimtheiten‘ haftbar machte“.

⁷³ Vgl. etwa die Einschätzung von Prälat Karl Jüsten, Leiter des katholischen Büros in Berlin, zum Bundestagswahlkampf 2002: „Immerhin (...) war dies ein insgesamt fairer Wahlkampf – und ab der kommenden Woche wird wieder Sachpolitik gemacht“ (Drobinski 2002: 6).

⁷⁴ Ähnlich äußerte sich Brandt 1983, als er eine „konstruktive Opposition im Bundestag“ ankündigte, allerdings auch von „der harten Auseinandersetzung“ mit der Regierung sprach.

⁷⁵ Eine sehr ähnliche Darstellung lieferte Kohl 1980: „Und der Deutsche Bundesrat [sic!] hat eine zweite Kammer, hat eine Mehrheit der CDU/CSU-geführten Länder. Es wird diese Mehrheit nie missbraucht...“.

⁷⁶ Die Thematisierung von Flutkatastrophe und Irak-Krieg muss allerdings keineswegs überraschen, hatten doch beide Fragen zentrale Rollen im Wahlkampf der SPD gespielt (vgl. Korte 2003: 114).

⁷⁷ Ähnlich konkret äußerten sich sonst nur noch Bangemann 1987 zur Kronzeugenregelung, Waigel 1990 zur Netto-Kreditaufnahme und Schröder 2002 als er ankündigte, „dass das, was Herr Hartz vorgeschlagen hat, in den Koalitionsvertrag kommt“.

⁷⁸ Als weiteres Beispiel hierfür kann die Aufzählung parteipolitischer Schwerpunkte durch FDP-Chef Gerhardt 1998 gelten: „... Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, kürzere Schul- und Hochschulzeiten, klare Selbstbehauptung auch in großen gesellschaftspolitischen Fragen“.

⁷⁹ Eine beinahe wörtliche Entsprechung findet sich bei Kohl.

⁸⁰ „Zum Schluss muss eine Mehrheit zustande kommen, es sei denn der Herr Bundeskanzler hat die Absicht, dann doch mit den Linken gemeinsam etwas zu unternehmen“.

⁸¹ Weitere explizite Hinweise auf das überproportionale Ergebnis der CSU finden sich etwa bei Strauß 1980 und 1983 oder Waigel 1998.

⁸² Stoiber wörtlich: „...wenn natürlich die Union insgesamt abnimmt, (...) dann ist das klar, dass wir mehr oder weniger überall abnehmen“.

⁸³ So stellte beispielsweise Schröder am Wahlabend 2002 klar: „Es wird keine Regierung, die ich führe, die parlamentarisch von der PDS abhängig ist; auch nicht von ein oder zwei oder wie viel Abgeordneten auch immer“. Ähnlich hatten sich bereits 1994 Scharping und 1998 Lafontaine geäußert.

⁸⁴ Vgl. etwa 1998: „Aber Herr Dr. Kohl, Sie gehen doch auch mit der PDS dauernd!“.

⁸⁵ Die existenzielle Bedrohung der FDP beschränkt sich jedoch nicht auf das Jahr 1980, sondern reicht mindestens bis weit in die neunziger Jahre hinein. Vgl. dazu Forschungsgruppe Wahlen 1994: 74: „Die starke Gefährdung der FDP (...) ist durch ihren Einzug in den Bundestag nicht aufgehoben“.

⁸⁶ Laut Forschungsgruppe Wahlen gaben 57 Prozent der FDP-Wähler an, die Union als Partei zu präferieren (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1998: 83).

⁸⁷ Kinkel wörtlich: „Es war so, dass die CDU/CSU – wie ich finde zurecht – gesagt hat: Gebt uns die Zweitstimme. Wir haben gesagt: Jawohl, gebt sie uns, denn nur wenn die FDP (...) stark genug ist, wird es zur Fortsetzung dieser Koalition kommen“. Damit umschrieb Kinkel die Tatsache, dass fast zwei Drittel der FDP-Wähler der Union nahestanden (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1994: 65).

⁸⁸ Beckmann wörtlich: „Wir wollen in allen Ausschüssen gleichberechtigt vertreten sein; wir wollen auch eine stellvertretende Parlamentspräsidentin“.

⁸⁹ Trampert behauptete, „dass Flicks Brieftasche darüber bestimmt, welche Politik in diesem Land gemacht wird“.

⁹⁰ Trittin wörtlich: „...da danke ich auch allen Wählerinnen und Wählern dafür, dass sie uns dieses Vertrauensvotum gegeben haben“.

⁹¹ Eine amüsante Randnotiz betrifft die Garderobe, auf deren potenzielle Funktion als nonverbales Kommunikationsmittel zu Beginn hingewiesen wurde. Von den gemusterten Wollpullovern Tramperts (1983) und Beckmanns (1987) über das rote Jackett Volmers (1994) zum grauen Anzug Trittins (1998) signalisierten die Grünen-Vertreter auch optisch ihre zunehmende Anpassung an die etablierten Parteien.

⁹² Ähnlich hatte sich auch Bisky acht Jahre zuvor geäußert, als er die Aufgabe der PDS darin sah, „dass wir auch die Ost-Themen auf der Tagesordnung halten“.

⁹³ Eine sinngemäße Aussage traf Bisky 1994: „Wir streben nicht Regierungsbeteiligungen an“.